

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Chefredakteur:
Erich Wirthmann, Berlin.
Telefon: Amt Dönhofs 4196/4198



Abdruck für Verlag und Verbreitung:
Berlin O B 61, Zelle-Williams-Platz 8
Druckerschrift: Copaldruck

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.
Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Abdruck ist verboten 4 Wochen
vor dem Erscheinen, wenn nicht anders bestimmt ist. Abdruck ist für beide Seiten zu Berlin.

Berlin, den 10. Dez. 1931.

Int. Institut
Soc. Geschichte
Amsterdam

Demagogen.

Und so etwas will regieren.

SPD. In Hessen haben Verhandlungen zwischen dem Zentrum und den Nationalsozialisten über eine gemeinsame Regierungsbildung stattgefunden. Der Ausdruck "Verhandlungen" trifft den Tatbestand allerdings durchaus nicht. Die Nationalsozialisten haben dem Zentrum eine Liste von zwölf Punkten überreicht mit der Erklärung, dass es sich dabei um ein unteilbares Ganzes und um ein Mindestprogramm handle, dass Kompromisse nicht zulässig seien und dass sie dem Zentrum nur die Wahl lassen, anzunehmen oder abzulehnen.

Dieses Ultimatum ist von dem Wunsche getragen, dem Zentrum die Annahme von vornherein unmöglich zu machen oder es andernfalls den nationalsozialistischen Anhängern als gezähmten willfährigen Diener der nationalsozialistischen Politik in Freiheit dressiert vorzuführen. Entkleidet man diese zwölf Punkte des demagogischen Beiwerks, so bleibt als Sinn übrig: die Nationalsozialisten erhalten diktatorische Macht in Hessen, dem Zentrum wird die Rolle einer Hilfstruppe zugewiesen, die zu gehorchen, aber nichts zu sagen hat. Ein einziges Ministerium soll geschaffen werden, und dies einzige Ministerium soll mit einem Nationalsozialisten besetzt werden. Für eine wirkliche Regierungsbeteiligung des Zentrums ist daneben selbstverständlich kein Raum. Dieser Grundgedanke ist umrankt von einer Reihe von demagogischen Forderungen, die teils nicht geistiges Eigentum der Nationalsozialisten sind, teils von ihnen, wie bekannt, nicht ernst genommen werden. Es handelt sich dabei um Sparmassnahmen in der Verwaltung, Neufestsetzung des Gehalts des Staatspräsidenten, Kürzung der Abgeordnetentätigkeiten, Beamtenentlassungen, die den Nationalsozialisten nicht passen, Streichung sämtlicher Staatsratstellen.

Ein Teil dieser Sparmassnahmen ist in Hessen bereits durchgeführt und zwar von den Sozialdemokraten! Wie es im übrigen die Nationalsozialisten mit derartigen Dingen halten, wenn sie wirklich einmal an der Macht sind, haben die Vorgänge in Thüringen und Braunschweig auf das deutlichste gezeigt. Als Herr Frick in Thüringen an der Macht war, war plötzlich keine Rede mehr von der Kürzung der Ministergehälter, die Nationalsozialisten haben vielmehr sehr kräftig für Herrn Frick gesorgt trotz alles Einsparungsgeschreis, das sie vorher angestimmt hatten, sie haben Bestimmungen über Sonderpensionen für ihn im Landtag durchgesetzt und sie haben unter Aufwendung staatlicher Kosten weitere Nationalsozialisten in Futterkrippen zu setzen versucht. Die letzten Auseinandersetzungen im thüringischen Landtag haben darüber hinreichend Klarheit geschaffen. Ähnlich war es in Braunschweig, wo durch Notverordnung bereits die Zahl der Ministerien auf eins beschränkt worden war. Trotz dieser Notverordnung haben die Nationalsozialisten von ihren bürgerlichen Koalitionsgenossen die Wiedereinsetzung eines zweiten Ministers erzwungen, nur um Platz zu machen für Herrn Klagges!

Ihre Nebenforderungen sind deshalb lediglich für die Dummen bestimmt, die sich um die letzten politischen Vorgänge nicht gekümmert haben. Sie sol-

len die Diktatur der Nationalsozialisten schmackhaft machen. Der einzige nationalsozialistische Minister in Hessen, den sie fordern, soll fernerhin die Position Hessens im Reichsrat benutzen, um der gegenwärtigen Reichsregierung die heftigste Opposition im Geiste des deutschen Faschismus zu machen. Die Nationalsozialisten wollen aus Hessen ein Ueberbraunschweig und Ueberthüringer machen! Der Geist, in dem sie zu regieren gedenken, ist klar. Er wird dadurch charakterisiert, dass auf Antrag der Nationalsozialisten im hessischen Landtag der in Verdacht des Hochverrats stehende Dr. Best, der Verfasser der berüchtigten bestialischen Boxheimer Dokumente, in den hessischen Staatsgerichtshof gewählt worden ist. Von einer Suspendierung von Best und seinen Spießgesellen von ihren Parteiämtern und öffentlichen Mandaten durch die Reichsleitung der NSDAP ist längst keine Rede mehr. Sie sind die führenden Repräsentanten der Nationalsozialistischen Partei im hessischen Landtage. Sie werden, wenn sie erst einmal die Machtmittel des Landes in der Hand haben, den Versuch machen, die Dinge in Hessen in der Richtung des Geistes der Boxheimer Dokumente weiter vorwärts zu treiben. Man müsste erwarten, dass vor dem Treiben dieser Leute selbst die Wirksamkeit des Herrn Klagges in Braunschweig zurücktreten würde. Fasst man die Persönlichkeiten, voran den Dr. Best und den Dr. Wagner, der auf dem Boxheimer Hof bankrott gemacht hat, ins Auge, so müsste man einem solchen Experiment in Hessen mit Besorgnis entgegensehen.

In der hessischen Zentrumspartei weiss man, soviel wir hören, zwischen dem Kern der zwölf Punkte der Nationalsozialisten und dem demagogischen Beiwerk sehr wohl zu unterscheiden. Man weiss, dass Forderungen wie die der Einstellung der Kultur- und Schulpolitik auf christlich-nationaler Grundlage - also die Abschaffung der Rhein-Mainischen Simultanschule - nur darauf berechnet sind, das Zentrum ins Garn zu locken, um es dann so an die Wand zu quetschen, wie die bürgerlichen Parteien in Braunschweig von den Nationalsozialisten an die Wand gequetscht worden sind. Es besteht deshalb beim hessischen Zentrum sehr wenig Neigung, sich mit den Nationalsozialisten einzulassen, gar keine Neigung vor allem, das grosspurige und hochfahrende Ultimatum der Nationalsozialisten auf Kosten des Ansehens der Zentrumspartei anzunehmen!

SPD. Rom, 10. Dezember (Eig. Drahtb.)

Der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Goering hat einem römischen Blatt als Antwort auf die Rede Brünings im Rundfunk ein Interview gewährt, dessen Inhalt nahezu an Landesverrat grenzt. Goering behauptet z. B., dass Brünings die Nationalsozialisten auf Veranlassung Frankreichs und unter dem Druck der Sozialdemokratie angegriffen habe. Ferner erklärte er den Bruch mit Brünings für endgültig.

Wenn ein italienischer Faschist erklären würde, der Regierungschef seines Landes habe auf Veranlassung des Auslandes gehandelt, so würde er innerhalb 24 Stunden an die Wand gestellt.

SPD. Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion beschäftigt sich am Donnerstag nachmittag in mehrstündiger Sitzung mit der neuen Notverordnung. Uebereinstimmend wurde festgestellt, dass wesentliche Bestimmungen dieser Notverordnung und insbesondere diejenigen, die die Lohnsenkungen betreffen, gegen die eindringlichen Warnungen und den schärfsten Widerspruch der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion erlassen worden sind.

Der Fraktionsvorstand beschäftigte sich weiter mit der politischen Gesamtsituation und den politischen und wirtschaftlichen Konsequenzen, die durch eine Entscheidung der Reichstagsfraktion für oder gegen die Einberufung des Reichstages herbeigeführt werden würde. Beschlüsse wurden noch nicht gefasst. Eine neue Sitzung ist für Montag vormittag angesetzt. Am Montag nachmittag tritt dann die Reichstagsfraktion zusammen.

SPD. Im Haushaltsausschuss des Reichstags erstattete Reichsfinanzminister Dr. Dietrich am Donnerstag einen Bericht über die Finanzlage des Reichs. Er begann mit der Feststellung, dass die Gesamtausgaben des Reiches für 1930 noch 11,9 Milliarden betragen haben, 1931 insgesamt 10,7 Milliarden ausmachten und auf 9,3 Milliarden zusammengestrichen worden sind.

Die Aufgabe der Reichsregierung ist es gewesen - so fuhr Reichsfinanzminister Dietrich fort - neben dem Abbau der Ausgaben die Einnahmen zu erhöhen. Die Julikrise brachte einen Steuerausfall von 200 Millionen Mark. Im August sind die Steuern wieder geflossen, aber der September brachte schon wieder 138 Millionen Mark minus. Dann kam der Pfundsturz mit seinen Auswirkungen auf den Aussenhandel und die Zolleinnahmen, die in ihrem materiellen Umfang noch nicht abzusehen sind. Die Gesamtverschlechterung der Etatsziffern hat demnach rund 2,5 Milliarden Mark betragen, davon entfallen 1,7 Milliarden auf den Rückgang der Steuern und Zolleinnahmen, 800 Millionen Mark auf neue Ausgaben und zwar rund 500 Millionen Mark mehr für die Krisenfürsorge, über 200 Millionen Mark mehr für die Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge der Gemeinden und rund 50 Millionen Mark für die Sanierung der Knappschaft. Trotz der Erleichterung durch das Schuldenfeierjahr konnte ein Ausgleich zwischen den Einnahmen und Ausgaben für das laufende Jahr dennoch nicht erzielt werden, zumal auch der Verkauf von 150 Millionen Mark Vorzugsaktien der Reichsbahn sich als unmöglich erwiesen hat. So fehlen jetzt im ganzen für das laufende Jahr etwa noch 400 - 450 Millionen Mark an Einnahmen. Die erhöhte Umsatzsteuer für den Rest des Haushaltjahres soll eine Mehreinnahme von 120 Millionen Mark erbringen, das Vorziehen der Einkommenssteuertermine soll 50 Millionen Mark erbringen, die Silberausprägung etwa 200 Millionen Mark Gewinn. Die sozialen Unterstützungen werden in diesem Jahr in Deutschland weit über 3000 Millionen Mark hinausgehen. Von 1929 - 1931 sind die direkten Steuern einschliesslich Lohnsteuer von 6,3 Milliarden auf 5,1 Milliarden gesunken, während die Zölle und Verbrauchsabgaben von 2,9 auf 3,1 Milliarden gestiegen sind. Hier ist ein umso schärferer Rückschlag erst jetzt eingetreten.

Die Behauptung, dass die Reichsverwaltung zu teuer ist, ist falsch. Wenn man die Pensionen der alten Wehrmacht und die alten Kriegspensionen abrechnet, so ergibt sich, dass die Reichsverwaltung im Jahre 1926 insgesamt 719 Millionen Mark an Gehältern und Pensionen beansprucht hat, 1928 waren es 942 Millionen Mark. Seitdem sind diese Ausgaben ständig zurückgegangen; sie betragen für 1931 680 Millionen Mark. Vergleicht man die Ausgaben des Reiches von 1913 mit heute unter Beiseitlassung der Kriegsfolgekosten und der in der Zwischenzeit neu aufgebauten Sozialgesetzgebung, so ergibt sich, dass damals die gesamten Reichsausgaben 2,4 Milliarden betragen haben, während sie für 1931 insgesamt 2,5 Milliarden betragen. Das Deutsche Reich hat 1913 nur 80 Millionen Mark an sozialen Aufwendungen gehabt, jetzt stehen allein im Reichsetat 520 Millionen.

Mit dem Rückgang der Steuereinnahmen des Reiches sind auch die Ueberweisungen von Steueraufkommen an die Länder von 3,4 Milliarden auf 3,2 Milliarden gesunken. Die Gemeinden leiden jetzt am schwersten unter den Lasten für Wohlfahrtsausgaben. Insbesondere ist die Lage der sächsischen Gemeinden katastrophal.

Mit der Juli-Notverordnung wurde eine Sperre für die Erhöhung kommunaler Realsteuern verfügt, aber sie ist nicht länger aufrechtzuerhalten. Es gibt insbesondere in Süddeutschland viele Gemeinden, die bisher so gut wie gar keine kommunalen Steuern erhoben haben, weil sie bisher aus ihren Waldeinnahmen lebten. Wenn solche Gemeinden jetzt mit ihrem Zinsendienst in Schwierigkeiten kommen, so muss das dadurch vermieden werden, dass für sie die Einführung von Realsteuern erlaubt wird. Die Genehmigung muss den Landesverwaltungen übertragen werden.

Das Einkommen ist in den jüngst vergangenen Jahren steuerlich mehrfach erfasst worden. Die Belastung des Einkommens mit Steuern beträgt jetzt an mancher Stelle mehr als 50 %. Das Steueraufkommen ist dennoch ständig rück-

läufig gewesen. Es hat 1928 über 3 Milliarden betragen und ist für 1931 auf 2,3 Milliarden geschätzt worden. Aber es kommen nur 2 Milliarden auf.

Die Tabaksteuerbelastung beträgt jetzt für Zigarren 30 %, für Zigaretten 49 %. Bei der Zigarette ist durch Beschluss des Reichsrats im vergangenen Sommer eine Ueberbelastung eingetreten, die einen gewaltigen Rückgang des Zigarettenverbrauchs verursacht hat. 1930 sind 33 Milliarden Zigaretten geraucht worden, in der ersten Hälfte des Jahres 1930 dagegen nur noch 8,5 Milliarden, nach der Korrektur der steuerlichen Belastung sind in der Zwischenzeit wieder 9 Milliarden Zigaretten verkauft worden. Die Biersteuer ist ebenfalls erhöht worden, aber der Steuereingang, der für 1930 noch 473 Millionen Mark betragen hat, wird 1931 höchstens 400 Millionen Mark erbringen.

Die Beamtengehälter sind dreimal abgebaut worden, insgesamt um über 20 %. Die unteren Beamten stehen verglichen mit 1913 heute etwa da, wo die Ziffer des Lebenshaltungsindex steht. Die höheren Beamten haben heute nur noch 88 % ihres Einkommens von 1913. Im nächsten Etatsjahr werden die direkten Steuern wahrscheinlich nur noch 1800 Millionen Mark erbringen. Die Körperschaftssteuer wird wahrscheinlich nur noch 120 Millionen Mark ergeben. Seit November 1930 hat das Deutsche Reich keinerlei neue Kredite mehr aufgenommen. Die Lage sei schwierig, was insbesondere die Ueberbrückung des 1. Januar angeht, aber das Deutsche Reich wird allen Zinsverpflichtungen nachkommen können. Die Erhöhung der Umsatzsteuer ist die letzte Reserve.

Schliesslich berichtete der Finanzminister noch über die Beteiligungen des Reiches bei den Banken.

SPD. Basel, 10. Dezember (Eig. Drahtb.)

Die schweizerische Depeschagentur meldet aus Basel, dass die Frage, ob gemäss der deutschen Forderung auch die Zahlung der unbedingten Annuität des Young-Planes eingestellt werden solle, erst gegen Schluss der Konferenz behandelt werde. Zunächst wolle der Ausschuss über das Ausmass der deutschen Zahlungsfähigkeit oder -Unfähigkeit Klarheit schaffen.

Der von der deutschen Delegation im Sonderausschuss der BIZ mit dem Bericht über den Finanzhaushalt Deutschlands betraute Sachverständige Graf Schwerin von Krosigk, Ministerialdirektor im Reichsfinanzministerium, traf am Donnerstag-Vormittag in Basel ein. Graf Schwerin erstattete dem Ausschuss ein durch reichhaltiges Zahlenmaterial ergänztes Exposé über die schwierige Lage des deutschen Reichshaushalts, der durch die letzte Notverordnung wieder weitgehend eingeschränkt werde.

SPD. Der berliner Polizeipräsident teilt mit: "Die rechtsstehende "Berliner Börsenzeitung" ist auf Grund des § 2 Ziffer 2 der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 10. August 1931 mit sofortiger Wirkung bis zum 17.12.1931 einschliesslich verboten worden. Das genannte Blatt hat in seiner Abendausgabe vom 9.12.1931 eine Entschliessung der Polizeioffiziersvereinigung wiedergegeben und daran Ausführungen geknüpft, in welchen dem Herrn preussischen Minister des Innern der schwere Vorwurf der Parteilichkeit in der Amtsausübung gemacht wird. Dieser Vorwurf ist geeignet, den Minister in seiner persönlichen Ehre zu kränken und muss ihn in den Augen der Allgemeinheit herabwürdigen. Durch die Verbreitung derartiger ungerechtfertigter schwerer Beleidigungen eines leitenden Staatsbeamten musste die öffentliche Sicherheit und Ordnung als gefährdet angesehen werden."

Der Oberpräsident der Provinz Hannover hat das Hannoveraner Hugenberg-Organ "Die Niederdeutsche Zeitung" und deren Kopfblatt das "Hildesheimer Abendblatt" auf 2 Wochen verboten. Veranlassung zu diesem Verbot gab ein Artikel, der grosse Verleumdungen gegen den volksparteilichen Regierungspräsidenten in Hildesheim enthält.

SPD. München, 10. Dezember (Eig. Draheb)

Die "Bedingungen" der hessischen Nazis zur Frage der Regierungsbildung an das hessische Zentrum lauten :

"1. Die Zahl der Minister wird auf einen - den Staatspräsidenten beschränkt. Der Staatspräsident wird von der NSDAP gestellt. 2. Sämtliche Ministerien werden zu einem, nämlich dem Staatsministerium, mit je einer Abteilung für Inneres, Finanzen, Justiz und Bildung vereinigt. 3. Sämtliche Staatsratsstellen werden sofort gestrichen. 4. Die hessische Gesandtschaft beim Reich wird aufgehoben und durch eine mit einem höheren Beamten besetzte Geschäftsstelle ersetzt. 5. Alle Parteibuchbeamten ohne die vorgeschriebene Fachbildung werden sofort ohne Ruhegehalt entlassen. 6. In der Zentralstelle werden - im Sinne des Gutachtens des Reichssparkommissars - zahlreiche Funktionen teils abgebaut, teils auf mittlere Behörden verteilt. Zahlreiche Stellen werden teils sofort, teils mit der Durchführung der Verwaltungsreform gestrichen. 7. Das Gehalt des Staatspräsidenten wird auf 12 000 Mark im Jahr festgelegt. 8. Die Ministerpensionen und die Höchstgehälter und Höchstpensionen im Staat und Gemeinden werden in dem Masse herabgesetzt, dass das Höchstmass 12.000 Mark im Jahre ausmacht. 9. Die Zahl der Abgeordneten des hessischen Landtages wird auf 30 herabgesetzt. 10. Die Bezüge der Abgeordneten werden auf den Ersatz der wirklichen Auslagen herabgesetzt. 11. Die Kultur- und Schulpolitik wird bewusst auf eine christlich-nationale Grundlage eingestellt und hat sofort den schärfsten Kampf gegen Schmutz und Schund und gegen die marxistisch-jüdische Kulturzersetzung aufzunehmen. 12. Die hessische Regierung tritt im Reichsrat für eine Politik des entschiedenen nationalen Widerstandes gegen Unterdrückung und Ausbeutung und für jede Möglichkeit eines aktiven Freiheitskampfes ein."

Die Pressestelle der Reichsleitung der NSDAP bemerkt in einem Kommentar zu diesem Programm der hessischen Nationalsozialisten, dass es sich hier um ein unteilbares Ganzes und um ein Mindestprogramm handle und dass keine Kompromisse gemacht werden könnten. Wenn die Durchführung dieser zwölf Punkte den Nationalsozialisten, die bereit wären, die volle Verantwortung zu übernehmen, unmöglich gemacht würde, dann müssten Neuwahlen stattfinden.

SPD. Die Bundes-Pressestelle des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold teilt mit:

"Der Bundesvorstand des Reichsbanners ist für den 14. Dezember einberufen, um angesichts der durch die neue Notverordnung geschaffenen Lage den weiteren Kurs des Bundes zu bestimmen. Der Bundesleitung ist unverständlich, dass die Regierung durch das unterschiedslose Versammlungsverbot die Möglichkeit ausgeschaltet hat, ausserhalb der Presse für die von ihr selbst als lebensnotwendig bezeichnete Einheitsfront in aussenpolitischen Fragen zu werben und beizutragen, die Hitler-Psychose zu brechen. In dem unterschiedslosen Verbot des Tragens von einheitlicher Kleidung und Abzeichen sieht die Bundesleitung einen erneuten Ausdruck jener verhängnisvollen Schwäche des Staatswillens, die dem Radikalismus wesentlichen Auftrieb gibt. Es ist schlimm um einen Staat bestellt, der Bürgern verbietet, Abzeichen in seinen Farben zu tragen. In der

Schwäche des Staatswillens, nicht im Tragen von Abzeichen liegt es begründet, dass Nachrichten über blutige Zusammenstöße die Spalten der Zeitungen füllen. Ueber ein kurzes, dann wird auch diese Regierung einsehen müssen, dass gerade in Zeiten, da ein Volk innen- und aussenpolitisch um sein Dasein kämpft das offene und freudige Bekenntnis der verfassungstreuen Bürger zu den Symbolen ihres Staates ein unentbehrlicher Ausdruck der inneren Gefolgschaft und Verbundenheit ist."

SPD. Stuttgart, 10. Dezember (Eig. Dr.)

Die Stuttgarter Gemeinderatswahl wird voraussichtlich den württembergischen Staatsgerichtshof beschäftigen. Die Volksrechtspartei hat angekündigt, dass sie die Wahl anfechten wird. Die Anfechtung gilt jedoch nicht dem Wahlakt als solchem, sondern der Austeilung der Mandate an die auf dem gleichen Wahlvorschlag oder auf einem der in Listenverbindung miteinander stehenden Wahlvorschläge. Es handelt sich dabei um eine Frage, die für die zukünftige Anwendung und Ausgestaltung des Verhältniswahlrechts von grundsätzlicher Bedeutung ist.

Im württembergischen Gemeindewahlrecht besteht soweit Stuttgart in Frage kommt die Möglichkeit des Kumulierens, d.h. der Stimmenhäufung bei einzelnen Kandidaten, ausserhalb Stuttgarts auch noch die Möglichkeit des Panaschierens, d.h. des Uebernehmens von Bewerbern aus anderen Wahlvorschlägen auf den eigenen Stimmzettel. Das Letztere spielt jedoch bei diesem Rechtsstreit keine Rolle. Bei der letzten Gemeinderatswahl im Jahre 1928 hatten in Stuttgart einige Kandidaten bürgerlicher Parteien, vor allem bei den Demokraten und dem Zentrum, einen unterirdischen Kampf gegen die Mitbewerber auf ihrem eigenen Parteivorschlag geführt, hatten Zettel verbreitet, auf denen sie selbst kumuliert, ihre Parteifreunde aber gestrichen waren, und den Anschein erweckt, als ob diese Zettel dem offiziellen Wahlvorschlag ihrer Partei entsprachen. Das war ein grober Unfug, durch den die von den Parteien bei der Aufstellung ihrer Listen verfolgten Absichten durchkreuzt oder gar ganz verhindert wurden.

Diese Vorgänge gaben den Anlass zu einer Ergänzung der Bestimmungen des württembergischen Gemeindewahlrechts. Während bisher die Bewerber aus einem Wahlvorschlag in der Reihenfolge der ruf sie abgegebenen Stimmzahlen als gewählt bezeichnet wurden, hat man jetzt die sogenannte "Stellenwahl" eingeführt, indem man bestimmte: "Ist mehr als die Hälfte aller für den Wahlvorschlag abgegebenen Stimmzettel unverändert geblieben, so ist die Reihenfolge der Bewerber im Wahlvorschlag massgebend." Diese Bestimmung hat bei der Stuttgarter Gemeinderatswahl zum ersten Mal praktische Bedeutung erlangt. Es mussten bei fast allen Parteien Kandidaten als gewählt bezeichnet werden, die eine geringere Stimmzahl erhalten haben als andere Bewerber aus ihrem Wahlvorschlag.

Insofern kommt also der Wahlanfechtung der Volksrechtspartei, deren Kandidat auf der sogenannten bürgerlichen Einheitsliste mehr Stimmen erhielt, als ein anderer, der jetzt als gewählt bezeichnet wurde, grundsätzliche und allgemeine Bedeutung zu. Wenn der Staatsgerichtshof die neue Bestimmung als im Widerspruch mit der Gleichheit des Wahlrechts bestehend bezeichnet und für ungültig erklärt, so werden sich in Bezug auf die Kandidaten der einzelnen Wahlvorschläge mehrfache Verschiebungen ergeben. Das politische Gesamtergebnis der Wahl bleibt davon jedoch unberührt.

SPD. Das Reichskabinett wird sich in der nächsten Woche mit der Frage der Neuwahl des Reichspräsidenten beschäftigen. Vorerst sind in dieser Hinsicht von den zuständigen Stellen noch keinerlei Beschlüsse gefasst.

Die Amtszeit des gegenwärtigen Reichspräsidenten läuft am 12. Mai 1932 ab.

Mit Rücksicht darauf, dass bei der Präsidentenwahl zwei Wahlgänge möglich sind und wie 1925 wahrscheinlich auch 1932 notwendig werden, muss der erste Wahlgang so frühzeitig vor sich gehen, dass der zweite Wahlgang vor dem Ablauf der Amtsperiode des Reichspräsidenten stattfinden kann und zwar wäre das im März. Da aber Ostern auf den 27. März und Palmsonntag auf den 20. März fallen und infolgedessen diese beiden Tage als Wahltage wahrscheinlich nicht in Frage kommen dürften, ist damit zu rechnen, dass der 13. März als Wahltag für den ersten Wahlgang angesetzt wird. Die letzte Entscheidung darüber liegt jedoch beim Reichstag bzw. beim Reichspräsidenten.

In massgebenden politischen Kreisen wird zur Zeit auch die Frage ventiliert, inwieweit es möglich ist die Amtsperiode des gegenwärtigen Reichspräsidenten zu verlängern. Entscheidend dafür ist, ob der Reichspräsident von Hindenburg das verantwortliche Amt des Reichsoberhauptes weiterführen will und ob im Reichstag für eine entsprechende Verlängerung seiner Amtsperiode die hierzu erforderliche Zweidrittelmehrheit aufgebracht werden kann.

SPD. Rom, 10. Dezember (Eig. Drahtb.)

In Rom verlautet, dass Hitler Anfang Januar die italienische Hauptstadt besuchen wird. U.a. soll ein Empfang bei Mussolini in Aussicht genommen sein.

SPD. Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei befasste sich am Donnerstag mehrere Stunden mit der neuen Notverordnung. Die Beschlussfassung über die Stellungnahme der Partei wurde den Tagungen des Parteivorstandes und des Reichsparteiausschusses am Freitag vorbehalten.

SPD. Rom, 10. Dezember (Eig. Drahtb.)

Im Senat hielt Aussenminister Grandi, der dieser Tage von Washington nach Rom zurückgekehrt ist, eine aussenpolitische Rede, aus der die Bereitschaft Italiens zur Regelung des Flottenproblems mit Frankreich hervorzuheben ist. Die amerikanische und die italienische Regierung - so führte Grandi aus - seien der Meinung, dass die zwischen den Hauptmächten bestehenden Flottenabkommen vervollständigt werden könnten und müssten und dass sich vor der allgemeinen Annahme des Rüstungsfeierjahres durchaus die Möglichkeiten konstruktiver Ergebnisse bei der nächsten Konferenz erweisen.

SPD. Die Meldungen, dass der Vorsitzende des Vereins der Polizeioffiziere Preussens, Polizeioberst a.D. Dillenburg, den Versuch gemacht hat, durch eine Unterredung mit dem Preussischen Minister des Innern den Konflikt zwischen Severing und dem Verein der Polizeioffiziere beizulegen, treffen nicht zu. Dillenburg hat den Preussischen Innenminister bisher weder um eine Unterredung gebeten noch hat er auf andere Weise den Versuch gemacht, den Konflikt aus der Welt zu schaffen, obwohl nachweisbar Hunderte von Polizeioffizieren seines Verbandes sein Verhalten missbilligen und daraus wahrscheinlich Konsequenzen ziehen werden.

SPD. Paris, 10. Dezember (Eig. Drahtb.)

Die zur Regelung des chinesisch-japanischen Konflikts einberufene ausserordentliche Tagung des Völkerbundsrats ist am Donnerstag Nachmittag mit der einstimmigen Annahme der am Mittwoch von Briand verlesenen Entschliessung abgeschlossen worden.

In der Schlussitzung gab zunächst der japanische Delegierte Yoshizawa eine kurze Erklärung ab. Er dankte dem Rat und besonders dem Ratspräsidenten für alle Bemühungen um die Beilegung des Streitfalles und den versöhnlichen Geist, der in den Verhandlungen gewaltet habe. Yoshizawa erklärte, die japanische Regierung nehme die Entschliessung an. Sie müsse aber zu § 2 (Verpflichtung beider Parteien, alles zu vermeiden, was die Lage verschlimmern könnte) bemerken, dass Japan sich das Recht vorbehalte, militärische Massnahmen gegen die chinesischen Banditen zu ergreifen, wenn durch deren Treiben das Leben und Eigentum von Japanern gefährdet werde.

Der chinesische Delegierte Sze verlas eine ausführliche Erklärung, in der versichert wird, dass China alle verpflichtungen einhalten werde, die sich aus der Annahme der Entschliessung ergeben. Weiter wurden in der Erklärung verschiedene Bemerkungen und Vorbehalte zu der Entschliessung gemacht: 1. behält sich China alle Rechte vor, die es gemäss den Verträgen und dem Völkerrecht genießt. 2. verlangt China folgende praktische Massnahmen: sofortige Einstellung der Feindseligkeiten, möglichst schnelle Räumung der Mandschurei durch die japanischen Truppen, Feststellung und Berichterstattung über alle weiteren Ereignisse durch neutrale Beobachter und verständnisvolle Untersuchung der Lage in der Mandschurei durch die in der Entschliessung vorgesehene Kommission. 3. erwartet China, dass die Kommission einen Bericht über den Räumungsstand erstattet, falls die Räumung bei ihrer Ankunft noch nicht beendet sein sollte. Ferner fordert China, dass alles getan wird, um neue Kämpfe zu vermeiden. Diese Verpflichtung der beiden Parteien dürfe nicht durch die Existenz von Banditen verletzt werden. Die einzige Sicherheitsmassnahme für die Wiederherstellung der normalen Verhältnisse sei der Rückzug der japanischen Truppen. China stellt mit Befriedigung fest, dass das gegenwärtige System der neutralen Beobachter fortgesetzt und ausgebaut werden soll. Schliesslich erklärt China, dass mit dieser Regelung das Recht, japanische Truppen in der Eisenbahnzone zu behalten, nicht berührt werde. Jeder versuch Japans, neue Komplikationen politischen Charakters hervorzurufen, müsse als eine Verletzung der verpflichtung, alles zu vermeiden, was die Sachlage verschlimmern könne, angesehen werden.

Nach kurzen Erklärungen des englischen und spanischen Delegierten, die die Hoffnung aussprachen, dass Japan von dem Recht, Massnahmen gegen die Banditen zu ergreifen, nur in aussergewöhnlichen Fällen Gebrauch machen werde, nahm der Rat die Entschliessung einstimmig an. Anschliessend hielt Briand die Schlussansprache, in der er erklärte, dass die Annahme der Entschliessung eine bedeutende Etappe auf dem Wege der Regelung des Konflikts darstelle. Die gefundene Lösung sei zwar nur eine Kompromisslösung, aber etwas anderes hätte man nicht erwarten können, da der von China angerufene § 11 des Völkerbündspaktes die Einstimmigkeit aller Ratsmächte einschliesslich der streitenden Parteien verlange. Diese Regelung sei aber kein Präzedenzfall für die Zukunft, denn es handele sich hier um ein Problem von aussergewöhnlichem Charakter, wegen der besonderen Beziehungen zwischen China und Japan. Der Rat rechne darauf, dass beide Parteien die übernommenen Verpflichtungen einhalten und dass keine neuen Feindseligkeiten ausbrechen.

Zum Schluss dankte Briand dem Redaktionsausschuss für die geleistete Arbeit und dem Vertreter der Vereinigten Staaten, der durch eine parallele und ständige Anstrengung an dem Werk des Friedens mitgearbeitet habe.

SPD. Der Reichsrat genehmigte am Donnerstag die Ausprägung von weiteren hundert Millionen Mark Reichssilbermünzen im Nennwert von 5 Reichsmark. Dazu wurde eine auf bayerischen Antrag von den Ausschüssen vorgeschlagene Entschliessung angenommen, die die Reichsregierung ersucht, dem Reichsrat noch in diesem Rechnungsjahr eine Vorlage zu unterbreiten, die eine Beteiligung der Länder an den Münzgewinnen vorsieht. In den Ausschüssen ist darauf hingewiesen worden, dass die Münzgewinne des Reiches in diesem Jahre sehr erheblich sind und im Falle der vollen Einhaltung des Ausprägungsplanes 370 Millionen betragen.

SPD. Darmstadt, 10. Dezember (Eig. Draht)

Das hessische naziblatt beschuldigt das Zentrum in seiner Freitag-Ausgabe des Verrats am Hessenvolke, weil die Zentrums Presse angeblich falsche Meldungen über die "Bedingungen" der Nazis an das Zentrum verbreitet hat. Das Blatt fügt seinen Anwürfen gegen die Zentrums Partei hinzu, dass das Zentrum nach den Verlautbarungen der hessischen Zentrums Presse die "unabänderlichen" Bedingungen der Nationalsozialisten nicht anzunehmen gedenke. Damit seien die Verhandlungen - die übrigens an einem gemeinsamen Tisch niemals geführt worden seien - "gescheitert".

Das Zentrum hat bisher auf die "Bedingungen" der Nationalsozialisten nicht geantwortet.

SPD. Budapest, 10. Dezember (Eig. Dr.)

Am Donnerstag nachmittag wurde der General der Landjäger Franz Schill wegen Beteiligung an dem Putsch verhaftet. Bis vor wenigen Wochen unterstand ihm die gesamte ungarische Landjägeri. Er wurde erst pensioniert, als alle Verhafteten seine Beteiligung an den Putschvorbereitungen behaupteten.

SPD. Strassburg, 10. Dezember (Eig. Dr.)

Am Donnerstag-Früh ist am Fusse des Kleber-Denkmal eine beschmutzte französische Fahne gefunden worden, an deren Stock ein Zettel mit einem deutschen Vers befestigt war, der Beschimpfungen gegen Frankreich und die Juden enthält. Der Zettel trägt die Unterschrift "Ein Hitlerianer". Man nimmt in Strassburg an, dass dies die Antwort auf die kürzlich erfolgte Ausweisung eines deutschen Studenten darstellt, der nationalistische Propagandazettel in der universität verteilt hatte.

SPD. New York, 10. Dezember (Eig. Drahtb.)

Der amerikanische Staatspräsident Hoover hat am Donnerstag an den Kongress eine Sonderbotschaft gerichtet, in der er vor allem die Ratifizierung des Schuldenfeierjahres bis zum 15. Dezember fordert, die Wiedereinsetzung des Kriegsschuldenausschusses vorschlägt und weitere wirtschaftliche Zugeständnisse wünscht. In der Botschaft heisst es dann weiter, dass eine Schuldenstreichung für die amerikanische Regierung nicht in Frage komme. Schliesslich empfiehlt Hoover wieder den Beitritt der Vereinigten Staaten zum Weltgerichtshof.

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Einheit, die sie meinen.

SPD. Kölner Kommunisten haben ein drastisches Beispiel dafür geliefert, wie sie die Einheitsfront mit sozialdemokratischen Arbeitern auffassen. Sie hielten kürzlich eine Versammlung in Köln ab, in die auch die Nationalsozialisten mit einem ansehnlichen Aufgebot von SA- und SS-Leuten gekommen waren, um die Versammlung zu sprengen. Angesichts der Störungen durch die Nationalsozialisten sahen sich die Kommunisten nach Hilfe um, sie suchten ihre Leute in die Versammlung zu drängen. Sie begnügten sich aber nicht damit, sondern sprachen auf der Strasse einige sozialdemokratische Arbeiter an, die sie fanden und baten sie um ihre Hilfe. Die sozialdemokratischen Arbeiter liessen sich darauf ein. Sie gingen mit den Kommunisten in das kommunistische Versammlungslokal, sie kamen noch gerade recht, um den Schluss der Rede des Bezirksleiters der kommunistischen Jugend zu hören, und dieser Schluss lautet:

"Unser Hauptfeind ist die Sozialdemokratie. Diese Partei bekämpfen wir mehr als den Faschismus."

Und nun ereignete sich, dass die Faschisten nicht etwa über die Kommunistenherfielen, sondern die Deklamation des kommunistischen Redners gegen die Sozialdemokratie fand den grössten Beifall und stärkstes Händeklatschen der anwesenden SA- und SS-Leute! Selbstverständlich, dass die sozialdemokratischen Arbeiter rechtsum Kehrt machten und das Versammlungslokal verliessen mit dem innerlichen Schwur, niemals wieder auf das verlogene Einheitsfrontgeschrei der Kommunisten hineinzufallen. Es hätte ihnen geschehen können, dass, wenn sie sich gegen einen nationalsozialistischen Angriff zur Wehr gesetzt hätten, die Kommunisten, die sie gerufen haben, über sie als die Hauptfeinde hergefallen wären.

Der Vorgang sollte allen Kommunisten entgegengehalten werden, die sich mit heuchlerischem Einheitsgeschrei an sozialdemokratische Arbeiter heranzudrängen versuchen.

Gesundbeten mit Pfennigen.

Die Reichsregierung hält immer noch an dem Gedanken fest, ein Vierpfennigstück auszuprägen, angeblich um das Volk wieder an die Pfennigrechnung zu gewöhnen und es zur Sparsamkeit zu erziehen. Wer den Pfennig nicht ehrt, ist des Talers nicht wert - und wie alle die schönen Sprichwörter auf diesem Gebiete lauten. Das ist natürlich keine wirtschaftspolitische Massnahme, es ist vielmehr der Versuch, die Preise und die Wirtschaft gesund zu beten. Ob sich dahinter noch fiskalische Gesichtspunkte verbergen, steht auf einem ganz anderen Blatt. Der wirtschaftspolitische Zweck, den diese Neuausprägung angeblich haben soll, wird jedenfalls nicht erreicht werden. Es wird lediglich eine Münze mehr geschaffen, die sich der Grösse nach von den bisher im Umlauf befindlichen Scheidemünzen wenig unterscheiden wird und damit nur Irrtümer und Verwirrung vermehren wird, - oder will man etwa zu Münzen in der Grösse eines französischen Sou übergehen oder will man etwa gar das Vierpfennigstück vier-eckig machen? Wie dem auch sei, dies Projekt hat bereits neue Gesundheitsbeten auf den Plan gerufen, die empfehlen, an Stelle der Vierpfennigmünze eine 2½ Pfg. Münze auszuprägen. Man könne dann bequem das halbe Quantum eines 15 Pfg.-Artikels bezahlen, ohne einen halben Pfennig Ueberpreis zahlen zu müssen. Wir haben in Deutschland ohnehin schon mehr als genug von wirtschaftspolitischen Dilettantismus, man soll uns also gefälligst mit derartigen Gesundheitsbeten-Versuchen verschonen.

Der Hakenkreuz-Prinz.

Der geheime Polizeidienst der Nationalsozialistischen Partei, der seinen Sitz im Braunen Haus hat, und der Ueberwachung der SA- und der SS-Leute dient, stand unter der Leitung des Erbprinzen Waldeck von Pyrmont. Seine Durchlaucht, der Hakenkreuzprinz hatte gegen fürstliche Bezahlung die Aufgabe, Hitlers Statoffiziere zu bespitzeln.

Man erfährt jetzt, dass der Hakenkreuzprinz sich zu verändern wünscht. Der Reichstagsabgeordnete Rosenberg wird nach Rom fahren, um dort einen Posten für den Hakenkreuzprinzen vorzubereiten. Seine Durchlaucht sind in Aussicht genommen, als Vertreter der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei in Rom. Es fragt sich, aus welchem Grunde er den Aufenthalt in Rom dem Aufenthalt in München vorzieht. Will er nur auf Kosten dieser sogenannten Arbeiterpartei das Leben in Italien geniessen oder ist ihm der Boden Münchens aus irgendwelchen im Zusammenhang mit seiner bisherigen Funktion stehenden Gründen zu heiss geworden?

Das ist wirklich eine feine Arbeiterpartei, die sich bemüht, den Prinzen standesgemässe Positionen und standesgemässe Versorgung zu gewährleisten!

Hitler und Goebbels.

Die geschäftlichen Spekulanten auf das Hakenkreuz zeigen für das Weihnachtsgeschäft allerhand Tendenzspielsachen mit Hakenkreuzschmuck an. Unter den mannigfachen Inseraten dieser Art, die man im "Völkischen Beobachter" finden kann, liest man eines, das ein NSDAP-Quartettspiel anzeigt. Der Witz bei diesem Spiel ist, dass bald Hitler und bald Goebbels gewinnt. Dies hätte dem grossen Adolf in seinem eigenen Moniteur nicht geschehen sollen, dass als sein wirklich ernsthafter politischer Gegenspieler ausgerechnet Herr Goebbels hingestellt wird. Das ist ja schon beinahe offene Revolte, Hochverrat gegen ihn selbst, gegen Adolf den Grossen! Das kindliche Spiel bringt die Wahrheit über die intimsten inneren Geheimnisse der NSDAP an den Tag!

Zur Zinskonversion.

Wir lesen in der "Politischen Wochenschrift", die Herrn Treviranus nahe steht, das folgende sehr interessante Zitat aus der Verfassung von Athen von Aristoteles:

"Solon verfügte einen Erlass sämtlicher Schuldforderungen, der staatlicher wie der privaten, die sogenannte Abschüttelung der Lasten. Wegen dieser Massnahme hat man versucht, ihn zu verdächtigen. Als Solon sich mit dem Gedanken an den Schuldenerlass trug, machte er einigen seiner Freunde Mitteilung davon. Der Missbrauch, den diese damit trieben, soll nach der demokratischen Version wider Solons Willen erfolgt sein. Nach der Vorstellung seiner Verleumder dagegen, soll Solon bewussten Anteil daran genommen haben. Seine Freunde nahmen nämlich Geld auf und kauften damit eine Menge Grundstücke. Als nun bald darauf alle Schulden aufgehoben wurden, da waren sie reiche Leute. Sie sind es auch, auf die man alle Familien zurückführt, die sich in späterer Zeit ihres uralten Reichtums rühmen konnten."

Das ist unstreitig interessant. Zielt dieses Geschoss auf die ostelbischen Grossgrundbesitzer von heute oder auf wen sonst ist es gezielt?

Aus aller Welt

Der Geldbriefträgermord an Reins.

Beginn der Verhandlung vor dem Berliner Schwurgericht - Die Mutter stellt sich schützend vor ihren Sohn.

SPD. Am Donnerstag-Vormittag begann vor dem Schwurgericht des Landgerichts II Berlin unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Schneider die Verhandlung gegen den 24jährigen Maurer Ernst Reins, der des Raubmordes an den Geldbriefträger Schwan beschuldigt wird. Mitangeklagt wegen Hehlerei ist seine 58 jährige Mutter Ida Reins und seine 32 jährige Schwester Sophie.

Die am 29. April ausgeführte Tat erregte durch die Raffiniertheit, mit der sie vollbracht wurde, eben solches Aufsehen wie durch die abenteuerlichen Umstände, die zu ihrer Aufdeckung führten. Ernst Reins hatte sich in der Gosowstrasse in Berlin-Schöneberg ein Zimmer gemietet. Er schickte dann 5 Mark an sich selbst und zwar an die genannte Adresse ab. Als der Geldbriefträger Schwan ihm die Summe aushändigen wollte, erschlug er ihn. In Begleitung seiner beiden Schwestern - von denen die jüngere, Johanna, ausser Verfolgung gesetzt wurde - flüchtete er nach Italien. In Genua wurden alle drei verhaftet. Bei den Vernehmungen der Geschwister und der Mutter ergaben sich zahlreiche Widersprüche über die Frage der Mitwisserschaft.

"Mein lieber Junge!"

Als Reins den Verhandlungssaal betritt, schluchzt seine Mutter, eine kleine abgehärmte Frau mit scharfen Gesichtszügen, laut auf: "Mein lieber Junge! Was soll denn nun werden!" Ernst Reins ist gefasster - seine Aussagen macht er nur mit leiser Stimme; von vornherein ist er bemüht, die Sache so darzustellen, als ob er wohl die Betäubung und Beraubung Schwans, nicht aber, entgegen der Anklage, seine Tötung beabsichtigt habe.

Bevor Reins auf die Tat selbst eingeht, erzählt er ausführlich sein Leben. Sein Vater war Maurermeister; wegen fortgeschrittener Paralyse befindet er sich seit 1925 in einer Heilanstalt. Vor dem Krieg lebte die Familie in recht guten finanziellen Verhältnissen; später schwand das Vermögen dahin, aber von wirklicher Armut und Not konnte nie die Rede sein. Ernst Reins genoss eine ganz gute Schulbildung, er war geistig interessiert und las ungewöhnlich viel. Als Facharbeiter verdiente er ziemlich viel Geld.

Ernst Reins will nun den Nachweis führen, dass er in grosser finanzieller Notlage gewesen sei. Der Vorsitzende versucht ihm zu beweisen, "dass er jedenfalls die Möglichkeiten, das Verbrechen zu vermeiden, nicht so sehr geprüft hat, wie die Möglichkeiten, es zu begehen." Ernst Reins hatte z. B. ein Segelboot besessen, das ihm gestohlen worden war - noch kurz vor der Tat lehnte er das Angebot der Versicherungsgesellschaft auf Zahlung von 500 Mark Schadenersatz ab. Er hatte weiterhin Ersparnisse in Höhe von einigen hundert Mark; allerdings war das Geld verliehen. Den Versuch, sich von seinen Schwestern etwas zu borgen, hat er niemals gemacht. Beide sind sehr hübsch, sie hatten meist reiche Freunde.

Das Verbrechen.

Zur Ausführung der Tat besorgte sich Reins ein Bleirohr, das er mit Sand und Kieselsteinen füllte und mit Segeltuch von seiner Mutter umnähen liess. (Die Mutter kann sich nicht mehr besinnen, wann sie diese Arbeit besorgte; über den Zweck will sie nicht weiter nachgedacht haben.) Vors.: "Warum nahmen Sie die Waffe mit?" Ernst Reins: "Nur der Sicherheit halber..." Vors.: "Und unter welchem Vorbehalt schickten Sie Ihre Wirtin, Frau Möbius, weg?" Ernst Reins:

"Ich gab ihr einen Rohrpostbrief zur Beförderung." Vors.: "Was geschah dann?" Ernst Reins: "Ich habe in meinem Zimmer gewartet, bis der Briefträger kam. Es war mir seltsam zumute, ich fühlte mich selbst nicht mehr, ich konnte gar nicht begreifen, was ich machen wollte. Der Briefträger kam, ich konnte mich nicht entschliessen - - ich flog am ganzen Leibe - - ich fühlte mich nicht fähig, die Hände zu heben - - ich wollte noch Zeit gewinnen, wechselte - - er sah mich so komisch an - - ich wollte auch nicht, ich fühlte mich einfach zu schwach dazu - - musste an meine Mutter denken und ... und" Vors.: "Und dann haben Sie zugeschlagen?" Ernst Reins: "... und hab zugeschlagen."

Es fand ein harter Kampf statt. Der Briefträger wehrte sich nach Leibeskräften. Er wurde erwürgt. Als Ernst das Zimmer verlies, will er ihn noch atmen gehört haben.

Die Beute.

Ruhelos irrte Reins durch Berlin. Die Tasche des Geldbriefträgers versenkte er im Stölpchensee im Westen Berlins. Er hatte ihr ungefähr 6 350 Mark entnommen, Scheine und Hartgeld. Noch will er nicht gewusst haben, dass er einen Mord begangen hatte. Er sagt, erst am nächsten Tag hätte er in der Zeitung gelesen, wie es ausgelaufen sei...

Nun fasste er den Entschluss zur Flucht. Seine Schwestern lud er ein, mitzukommen. "Sie wollten schon lange mal nach Italien fahren, um die Schönheiten Italiens kennen zu lernen - und auch um irgendwie Geld zu verdienen."

Aus Lugano schickten die drei Geschwister gemeinsam einen ziemlich frivol klingenden Brief unter Chiffre an die in Berlin zurückgebliebene Mutter. Johanna Reins schrieb darin: "Liebe Mutter, es geht uns gut." Ernst Reins schrieb u.a.: "Bis jetzt alles ohne - hoch, hoch Amerika!" Sophie Reins erzählte, dass sie "eine sehr lustige Reise" gehabt hätten. Ernst sei "gut abgelenkt" worden...

Schwester und Mutter.

Sophie Reins bestreitet ihre Mitwisserschaft. Sie sagt, dass sie sich keinerlei Gedanken über die Herkunft des Geldes gemacht hätte. Als sie zusammen mit ihren Schwestern in Genua verhaftet wurde, da fand man bei ihr 1 800 Mark; dieses Geld hat ihr ihr Bruder kurz vorher gegeben, aber sie will es nicht einmal nachgezählt haben. Bei Ernst Reins fand man bei der Verhaftung 1 740 Mark, bei der Mutter in ihrer Charlottenburger Wohnung 2 000 Mark - -

Der Vorsitzende fragt Frau Reins, warum sie über die Herkunft dieses Geldes, bei der Vernehmung durch die Kriminalpolizei so widersprechende Angaben gemacht habe, Die Mutter antwortete unter Tränen: "Ich fand das Geld beim Aufräumen und ich wusste, dass es unrechtes Geld war. Ernst hatte mir gesagt, dass er etwas ausgefressen hätte. Ich glaubte, er hätte es gestohlen." Vors.: "Aber warum haben Sie erst alles abgestritten?" Frau Reins: "Ich wollte meinen Jungen schützen!"

Die Verhandlung wird am Freitag mit der Zeugenvernehmung fortgesetzt.

+ + +

Verurteilter Geistlicher. Vom erweiterten Schöffengericht Berlin-Lichtenberg wurde der 33 jährige Hausgeistliche des Franz Joseph-Heims in Berlin-Weissensee, Gompert, wegen Sittlichkeitsverbrechen in 14 Fällen unter Zubilligung mildernder Umstände zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Das St. Josephsheim ist ein katholisches Erziehungsheim. Der Angeklagte hatte sich schwer an den ihm anvertrauten Zöglingen vergangen.

+ + +

Bestrafter Beleidiger. Der Würzburger Ordinarius Gaus wurde wegen Beleidigung des sozialistischen Schriftstellers Carl Credé zu einer beträchtlichen Geldstrafe verurteilt. Gaus hatte Credé in einer Polemik einen "ehemaligen Zuchthäusler" genannt.

+ + +

Friedensnobelpreis! Der Nobelfriedenspreis für das Jahr 1931 wurde vom Nobel-Komitee des norwegischen Storting in Oslo zu gleichen Teilen an die amerikanische Sozialpolitikerin Jane Addams, der Begründerin der für Einwanderer aus dem Osten bestimmten sozialen Siedlung Hull house bei Chicago und an den Präsidenten der Columbia Universität, Nicholas Butler, verliehen. Butler, bereits seit dem Jahre 1911 Ehrendoktor der Rechte der Universität Breslau, ist einer der bedeutendsten Gelehrten Amerikas. Die Regierung der Vereinigten Staaten schickte ihn wiederholt nach Europa zu Gastvorlesungen an die Universitäten. In seinen Büchern, von denen das bekannteste "Falsche oder rechte Demokratie" betitelt ist, befasste er sich stets mit Problemen der Soziologie und Pädagogik. Ebenso wie Jane Addams setzte er sich seit Jahrzehnten für die internationale Verständigung und besonders für die Stärkung der Beziehungen zwischen Deutschland und USA ein. Der Friedensnobelpreis beträgt etwa 150 000 Kronen. Die Ansprache bei der Verteilung hielt Professor Halfdan Coht.

+ + +
Richter Lynch. In Lewisburg (West-Virginia, USA) wurden zwei Neger von einer grösseren Menschenmenge aus dem Gefängnis geholt und gelyncht. Die Neger befanden sich unter der Anschuldigung, zwei Polizeibeamte ermordet zu haben, in Untersuchungshaft.

+ + +
v. Ompteda +. Auf seinem Landsitz bei Meran starb im 69. Lebensjahr nach längerer Krankheit Georg Freiherr von Ompteda, Verfasser zahlreicher Unterhaltungsromane und Schilderer einer langsam untergehenden adligen Grosstadtgesellschaft.

+ + +
Eisenbahn zu Weihnachten. Die Reichsbahndirektion teilt mit, dass die Geltungsdauer der Sonntagsrückfahrkarten in diesem Jahr ausnahmsweise auf den Vormittag des 23. Dezember ausgedehnt wird.

+ + +
Neuer Burgtheaterdirektor. Der österreichische Ministerrat hat zum Direktor des Wiener Burgtheaters den bisherigen Leiter des Hamburger Schauspielhauses, Hermann Röbbeling, ernannt.

+ + +
Drei Kinder ertrunken. In Kottlinghormans (Niederösterreich) brachen drei Schulkinder beim Eislaufen auf dem nur leicht gefrorenen Dorfteich ein und ertranken.

+ + +
Sargfabrik beim Krankenhaus.... Der Leiter eines Privatkrankenhauses in Gargan-Livry (Frankreich) strengte gegen den Besitzer einer Sargfabrik eine Schadenersatzklage auf 25 000 Mark an, weil er ihm sein Geschäft ruiniert habe. Das Urteil billigte dem Kläger 22 000 Mark zu. Der Sargfabrikant hatte den Takt besessen, seine Fabrik ausgerechnet gegenüber dem Privatkrankenhaus von Gargan Livry zu errichten. Von morgens bis abends sahen und hörten die Patienten den florierenden Sargbetrieb gegenüber dem Krankenhaus, was sie begreiflicherweise etwas verstimmte. Der Besuch des Krankenhauses ging in starker Masse zurück. Nun hat allerdings das französische Gesetz keinerlei Vorschriften über die Lokalisierung von Sargfabriken, aber die Verurteilung erfolgte auf Grund des "ruhestörenden Lärms", durch den die Geschäftsschädigung herbeigeführt wurde.

+ + +
Toscanini schwerkrank. Der berühmte italienische Dirigent Arthur Toscanini ist erkrankt. Er musste deshalb sein Gastspiel in Amerika abbrechen.

+ + +
Verkehrskatastrophe. In der Nähe von Laibach (Südslawien) stiessen an einem Bahnübergang ein Eisenbahnzug und ein Autobus zusammen. Zehn Personen wurden getötet, zehn verletzt.

Gewerkschaftliche Bündschau ✖

Die Affenkomödie.

SPD. Auch in Genf hat man dieser Tage wieder einmal die Frage der Arbeitszeitverkürzung - besprochen. Der Ausschuss zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beim Internationalen Arbeitsamt hat sich damit beschäftigt. Schon das bloße Reden über die Arbeitszeitverkürzung musste gegen den Widerstand der Arbeitgeber förmlich erzwungen werden. Im Mittelpunkt der Arbeitszeitdebatte stand naturgemäss die Gewerkschaftsforderung auf Einführung der 40-Stundenwoche. Das Resultat der Aussprache besteht aus - frommen Hoffnungen. Die Kommission erinnert, ohne selbst die Initiative für internationale Verhandlungen zu ergreifen, an den Wunsch verschiedener Staaten, untereinander provisorische Abkommen über die Arbeitszeit in bestimmten Industrien abzuschliessen. Der Direktor des Arbeitsamtes soll sich den Regierungen als Helfer und Mittler zur Verfügung stellen. Im übrigen empfiehlt der Ausschuss die bekannten, tausendmal bereits empfohlenen, Teilmassnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wie Abschaffung der Ueberstunden, restlose Durchführung des Washingtoner Achtstundenabkommens usw.

Man sieht: es geht in Genf genau wie anderswo: man sagt nicht direkt nein, aber man tut auch nichts, wenigstens nichts Nennenswertes, um endlich einmal in der Frage der Arbeitszeitverkürzung ein Stück vorwärts zu kommen. Die Unternehmervertreter spielten auch in Genf wieder einmal ihre übliche Komödie: sie sagten nichts, sie wollten von der Arbeitszeitverkürzung überhaupt nichts wissen, sondern sie kamen wieder mit ihren bekannten Bedenken und Zweifeln, die nur den Zweck haben, eine Lösung und Entscheidung des Problems zu verschleppen.

Der französische Arbeitgeber meinte Lambert-Ribot, internationale Vereinbarungen auf dem Arbeitszeitgebiet seien nicht gut möglich; eine Verkürzung der Arbeitszeit bringe eine fühlbare Erhöhung der Gestehungskosten, die wohl von einigen, aber nicht von allen Industrien getragen werden könne. Durch Erhöhung der Gestehungskosten werde aber die Krise nicht überwunden.- Der holländische Arbeitgebervertreter Cort van der Linden betonte, der Begriff "Neuverteilung der Arbeit" müsse erst geklärt werden. Die eigentlichen Ursachen der Krise lägen im übrigen in den Kriegsschulden und Handelshindernissen.- Der italienische Arbeitgebervertreter Olivatti renommierte mit der Arbeitszeitverkürzung in Italien; dort sei sie in grossem Umfang bereits durchgeführt. Wo eine Verkürzung der individuellen Arbeitszeit möglich erscheine, sei sie eingeführt worden. Der deutsche Regierungsvertreter Ministerialdirektor Sitzler habe gezeigt, dass auch die deutsche Regierung nicht die Verantwortung für eine einheitliche Verkürzung der Arbeitszeit habe auf sich nehmen können. Irgendwelche gesetzlichen Massnahmen auf diesem Gebiet führten nicht zum Ziele. Es genüge, die schon vorhandene Bewegung zur Verkürzung der Arbeitszeit zu fördern. Jedenfalls bestehe keine Notwendigkeit für den Staat, in der Arbeitszeitfrage in die Wirtschaft tief einzugreifen.- Der Vertreter der britischen Regierung Leggett wies auf die besonderen Schwierigkeiten Gross-Britanniens hin, die darin beständen, dass die einzelnen Industrien vom Standpunkt ihrer maschinellen Vervollkommnung grosse Unterschiede aufweisen.- Der deutsche Arbeitgebervertreter Vogel erklärte, die in Deutschland während der

Krise getroffenen gesetzlichen Massnahmen wären ausserordentlich geschmeidig. Den von Ministerialdirektor Dr. Sitzler im Namen der deutschen Regierung gemachten Vorschlag, international über die Arbeitszeitverkürzung zu verhandeln, könne man unterstützen.

Jouhaux, der französische Arbeitervertreter, traf den Nagel auf den Kopf, als er gegenüber dieser künstlichen Häufung von Bedenken und Zweifeln feststellte, die Arbeitgeber zeigten damit lediglich, dass sie das nicht tun wollten, was sie tun müssten. Die Hauptfrage bestehe im Augenblick nur noch darin, ob man etwas tun wolle oder nicht. Ohne Zweifel könnten bei einer allgemeinen Einführung der 40-Stundenwoche zahlreiche Arbeitslose beschäftigt werden. Auf Seiten der Arbeitgeber fehle jedoch der gute Wille. - Der deutsche Arbeitnehmervertreter Müller betonte, dass die tieferen Ursachen der Krise selbstverständlich wirtschaftlicher Art seien. Der Arbeiter sei aber nicht nur ein Element der Produktion, sondern auch Mensch. Die Unterlagen des Internationalen Arbeitsamtes rechtfertigten vollkommen die Forderung der Arbeiter nach der 40-Stundenwoche. Die Vorschläge des Amtes seien sehr gemässigt und sollten daher eigentlich auf keinen Widerstand stossen. Der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes müsse die Initiative ergreifen und die Regierungen und Industrien einladen, damit in der Verkürzung der Arbeitszeit endlich einmal etwas geschehe.

Wird etwas geschehen? Wird das Zureden etwas nützen? Werden die Anstrengungen von Albert Thomas, dem Direktor des IAA, etwas helfen? Die Diskussion für und gegen die 40-Stundenwoche kann bei den Arbeitern allmählich nur noch ein Gefühl des Ekels wachrufen. Mit Recht fragt das Mitteilungsblatt der Internationalen Union der Lebens- und Genussmittelarbeiter: "Wie lange soll denn nun noch die "besondere Wirtschaftslage" jedes Landes Gegenstand von Erörterungen im Zusammenhang mit der 40-Stundenwoche sein?" Die Unterschiede in der Struktur der Länder seien den halbwegs Eingeweihten zur Genüge bekannt. Jedenfalls seien sie nicht so schwerwiegend, dass sie bei einem Versuch, der Weltplage der Arbeitslosigkeit zu steuern, entscheidend ins Gewicht fallen. Im übrigen sei längst klar, dass die 40-Stunden-Arbeitszeit erhöhte Produktivität und Betriebskostensenkung im Gefolge gehabt habe. Diese Tatsache mindere sehr wesentlich die Bedeutung der Rentabilitätsfrage. Mit Vernunftgründen sei jedoch dem Unternehmertum nicht beizukommen. Rücksichtslos mache es von seiner Macht Gebrauch, und nichts bringe seinen Machtmissbrauch deutlicher zum Ausdruck als die jüngste Sitzung des Verwaltungsrates des IAA. Die Regierungen hätten dort das Unternehmertum in seinen Bestrebungen, die internationale Regelung der 40-Stundenwoche auf die lange Bank zu schieben, nach Kräften treu und brav unterstützt.

Wie lange soll diese Affenkomödie, die vom Unternehmertum und den Regierungen in der Frage der 40-Stundenwoche gespielt wird, noch weitergehen? "Bald wird" - so beantwortet der IGB diese Frage - "der Punkt erreicht sein, wo alles getan ist, was die Vernunft gebieten und erwarten kann. Bald wird aber auch der Punkt erreicht sein, wo das Fehlen jeglicher Vernunft auf der Seite der Gegner der Arbeiterklasse jede andere Massnahme vor der Welt und der Geschichte rechtfertigen wird!"

SPD. Der Lohntarifstreit in der Bielefelder Metallindustrie ist am Donnerstag durch eine zwischen den Tarifvertragsparteien im Reichsarbeitsministerium geschlossene Vereinbarung beigelegt worden. Hiernach werden die Löhne der Zeitlöhner sowie die Akkordrichtlöhne vom 14. Dezember 1931 ab um 5 v.H. gesenkt. Mit Wirkung vom 1. Januar 1932 ab tritt in Auswirkung der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 eine weitere Senkung dieser Löhne um 10 v.H. ein. Die Regelung gilt bis zum 30. April 1932.

SPD. Die Befreiung des Ruhrkohlenbergbaus von der Beitragspflicht zur Arbeitslosenversicherung ist über den 30. November hinaus bis zum 31. Dezember verlängert worden.

SPD. In der südbayerischen Textilindustrie ist der Schiedsspruch des Landesschlichters von den Arbeitgebern abgelehnt worden.

SPD. Die Hitlerpartei will das Arbeitslosenproblem durch Einführung der Zwangsarbeit lösen. Das ist keine Ueberraschung. Wer hätte von den Landsknechten des Kapitals etwas anderes erwartet. Immerhin ist es von grossem Interesse, nunmehr dafür sozusagen aktenmässige Beweise vorlegen zu können.

Schon in dem Boxheimer Blutprogramm der Hessen-Nazis war eine "Notverordnung über die nationale Arbeitsdienstpflicht" vorgesehen, nach der alle Deutschen - mit Ausnahme der Angehörigen der Hitlerpartei - zur "Dienstleistung nach Anordnung der Behörden verpflichtet" sind. Zu einer ähnlichen programmatischen Forderung kam nun dieser Tage auch eine Sitzung des Ausschusses für Arbeitsdienstpflicht, die in den Räumen des Gaus Berlin der NSDAP in der Hedemannstrasse stattgefunden hat. Die Besprechung wurde geleitet von dem Reichsorganisationsleiter Gregor Strasser. Vertreten war auch der Vorsitzende der Abteilung für Arbeitsdienstpflicht, der bekannte Oberleutnant Schulz, und ebenso waren anwesend fast sämtliche norddeutschen Gauleiter der Hitlerpartei sowie verschiedene besonders geladene Nazi-Reichstagsabgeordnete.

In dieser Ausschusssitzung wurde als Programm für die Machtübernahme die Einführung der Zwangsarbeit für alle Arbeitslosen - soweit sie nicht der Hitlerpartei angehören - offiziell verkündet. Sämtliche am Tag der Machtübernahme vorhandenen Arbeitslosen, die nicht der Hitlerpartei angehören, werden zwangsweise eingezogen und kaserniert. Sie müssen ohne jede Entschädigung, lediglich gegen Ernährung durch Massenspeisung die ihnen von der Diktatur zugewiesene Arbeit leisten.

Die Überwachung der Arbeitslosen erfolgt durch die SA. Die Kommandogewalt liegt bei besonderen Gruppenführern, die ebenfalls von der SA gestellt werden.

Zur Durchführung dieses "Arbeitslosenprogramms" der Hitlerpartei wurden die Gauleitungen aufgefordert, der Abteilung "Arbeitspflicht" (Oberleutnant Schulz) per sofort 2 000 bis 3 000 für die Führerposten geeignete SA-Leute zu benennen. Die Ausbildung dieser Führer soll bis Februar abgeschlossen sein.

Dieser saubere Plan, der nichts anderes bedeutet, als wie die Aufstellung einer Sklavenarmee, fand begeisterte Zustimmung bei den Hitlerführern. Von einem Wort des Protestes von Führern wie Strasser und Goebbels keine Spur.

Der unmittelbare Zweck dieses Programms ist nur allzu durchsichtig. Alle Feiglinge und Memmen will man auf diese Weise zwingen, sich so schnell wie möglich bei der Hitlerpartei anzumelden; denn die Angehörigen der Partei sollen ja von der Sklaverei verschont bleiben. Im übrigen können jetzt auch die Arbeitslosen erkennen, was für eine Rolle die Hitlerpartei ihnen für das Dritte Reich zgedacht hat. Die "Befreiung vom Marxismus" und die "Erneuerung Deutschlands" besteht also in nichts anderem als in der Wiedereinführung der Sklaverei. Der Hungerwinter, in dem wir stehen wäre also, wenn Hitler zur Regierung kommt, noch ein Paradies gewesen.

Wirtschaft Technik Handel

Deutsch=französische Verständigung.

Der französische Gewerkschaftsbund und die Reparationsfrage.

SPD. In der Zeitung des französischen Gewerkschaftsbundes, dem in Paris erscheinenden "Peuple", setzt sich der Führer der französischen Gewerkschaften Jouhaux eingehend mit dem Problem der deutsch=französischen Zusammenarbeit auseinander.

Jouhaux unterstreicht die Wichtigkeit, zu einer Liquidierung der Weltwirtschaftskrise, einer Regelung des Währungsproblems, der Goldfrage, der Frage der Schaffung und der Verteilung internationaler Kredite zu kommen. Das sei aber nur möglich, wenn für die deutschen Probleme eine Lösung gefunden werde, die eine Verständigung und Hilfeleistung durch die Gläubigerländer ermöglicht. Jouhaux macht auf die unheilvollen Folgen aufmerksam, wenn man die Lösung dieser Probleme verzögert. Man dürfe die Schwierigkeiten nicht verkennen, aber es sei gebieterische Notwendigkeit, diese Hindernisse zu überwinden; denn "in dem von Grund auf erschütterten Zustand Europas ist an eine wirtschaftliche und politische Belebung ohne eine Revision der bestehenden Schuldenverpflichtungen nicht zu denken". Es gäbe Menschen, die den gegenwärtigen Zustand in Deutschland, die Gefahr für die Demokratie, die vor der Arbeiterschaft verteidigt werden muss, ausnutzen möchten, um jede gerechte und menschliche Lösung zu verhindern. Das müsse aber zu Elend und Verzweiflung führen. Der französische Gewerkschaftsbund stelle fest; dass die bisher befolgte Verzögerungspolitik hinsichtlich des Problems der Reparationen, mit dem das Problem der Schulden verknüpft sei, in absolutem Widerspruch zu den Bemühungen, zu einer deutsch=französischen Zusammenarbeit zu kommen, stehe. Diese Zusammenarbeit sei unerlässlich und die Verständigung der beiden Länder notwendig zur Erhaltung des Friedens. Man müsse die Bedingungen wollen, die diese Verständigung ermöglichen und müsse deshalb alle Probleme ins Auge fassen, die sich durch die deutsche Krise darbieten.

Ueber das Reparationsproblem an sich und die Frage der kurzfristigen Verschuldung heisst es in dem Artikel von Jouhaux u.a.: "Die Frage der aus dem Kriege entstandenen politischen Schulden und die Frage der kommerziellen Schulden sind bei der Untersuchung der deutschen Zahlungsfähigkeit miteinander verknüpft. Der französische Gewerkschaftsbund kann nicht anerkennen, dass die kurzfristigen Privatschulden vor der Reparationsverpflichtung den Vorrang haben sollen". Jouhaux übernimmt hier den Standpunkt der französischen Regierung. Aber mit folgender Begrenzung: "Es muss, um den Illusionen, die man in Frankreich zu nähren sucht, zu begegnen, gesagt werden, dass es zwecklos ist, eine Regelung zu suchen, die nicht der gesamten Finanzlage Deutschlands Rechnung trägt und nicht darauf abzielt, sie zu erleichtern. Was man auch über diese Lage denken mag und wie begründet unsere Kritik in bezug auf die verurteilenswerten Praktiken der Industrie und Schwächen der Regierung sein muss - die Lage existiert und wir müssen ihr Rechnung tragen. Der französische Gewerkschaftsbund hat in einem Augenblick, wo zur Erleichterung der Durchführung der Reparationen die erneute Rückkehr zu Sachlieferungs- und Arbeitsleistungen erwogen wird, das Recht, daran zu erinnern, dass er zusammen mit den deutschen Gewerkschaften die Lösung schon unmittelbar nach dem Friedensschluss gefordert und Mittel zu ihrer Durchführung vorgeschlagen hat."

Dieses Problem, auf das man heute zurückgreift, konnte damals infolge der kapitalistischen und nationalistischen Widerstände nicht verwirklicht werden. Die Ereignisse haben die Richtigkeit der Auffassung der Arbeiterschaft bestätigt und der französische Gewerkschaftsbund hat am meisten das Recht darauf hinzuweisen, dass die endgültige Regelung der Reparationen nur durch Anwendung der Grundsätze, die die Gewerkschaftsinternationale auf der Londoner Konferenz vom Jahre 1921 festlegte, und seitdem ständig wiederholte, erreicht werden kann: Beschränkung der Reparationen auf ihre berechnete Grundlage, d.h. Wiederaufbau der Kriegsruinen, Streichung der Kriegsschulden."

Es scheint Jouhaux so vorzuschweben, dass man versuchen müsse, durch Sachlieferungsaufträge die Industrien der ganzen Welt anzuregen. Ohne Zweifel ergibt sich schon aus dieser Betrachtung der Probleme die Verpflichtung der anderen Länder, Deutschland zur Finanzierung dieser Sachlieferungen finanzielle Hilfe, d.h. Kredite zur Verfügung zu stellen. Jouhaux macht das aber von einer Bedingung abhängig, die er wie folgt formuliert: "Da man zugeben muss, dass die Reichsregierung ausserstande ist, die finanzielle Verblutung zu verhindern und die Kapitalflucht zu unterbinden, ist natürlich eine Kontrolle der deutschen Guthaben im Auslande notwendig als Gegenleistung für die dem deutschen Staat gewährten Erleichterungen". Auch vom deutschen Standpunkt kann man nur begrüssen, wenn es wirklich gelänge, der Kapitalflucht international zuleibe zu gehen.

SPD. Nach Mitteilungen des Konjunkturforschungsinstituts sind die Wechselziehungen von rund 4,5 Milliarden Mark im September auf 4 Milliarden Mark im Oktober zurückgegangen. Dabei ist freilich zu berücksichtigen, dass die Wechselziehungen in den vorangegangenen Monaten im Zusammenhang mit der Kreditkrise ungewöhnlich stark angestiegen sind. Im Mai waren nur für 2,5 Milliarden Mark Wechsel ausgestellt worden, also weniger, als je seit Ende 1924, was mit dem ganzen Schrumpfungsprozess in Handel und Industrie zusammenhängt. Die Wechselziehungen im Mai lagen um rund 800 Millionen Mark unter dem Stand vom Mai 1930. Im Oktober 1931 lagen die Wechselziehungen, trotz des Rückganges von 500 Millionen Mark im September, um annähernd eine halbe Milliarde Mark höher als im Oktober 1930. Den Wechselumlauf für Anfang November schätzt das Konjunkturforschungsinstitut auf 11 Milliarden Mark, gegenüber 9,7 Milliarden Mark vor einem Jahr und 8,5 Milliarden Mark Ende Mai. Die Steigerung des Wechselumlaufs ist umso beachtlicher, als gleichzeitig die Umsätze in der Produktionswirtschaft, zu deren Finanzierung die Wechsel üblicherweise dienen, erheblich zusammen geschrumpft sind. Die Momente, die zu der Zunahme des Umlaufs geführt haben, liegen daher ausschliesslich in den Vorgängen in der Kreditwirtschaft. Von den Anfang November umlaufenden Wechseln entfielen rund 1,8 Milliarde Mark = 17 Prozent auf Akzepete der Banken gegenüber etwa 800 Millionen Mark vor der Julikrise. Die meisten dieser Wechsel konzentrieren sich auf die Reichsbank. Der Anteil der Wechselbestände der Reichsbank am Wechselumlauf hat Ende Mai etwa 21 Prozent betragen, Ende September dagegen 32 Prozent und Ende Oktober 37 Prozent.

SPD. Der Monat Oktober schliesst, wie das Reichsfinanzministerium mitteilt, im ordentlichen Haushalt mit einem Defizit von 81 Millionen Mark ab. (Ausgaben = 1012 Millionen Mark, Einnahmen = 931 Millionen Mark.) Im ausserordentlichen Etat betragen die Einnahmen 2 Millionen Mark und die Ausgaben 13,1 Millionen Mark.

SPD. Die Tätigkeit des Preiskommissars, der sich nach der neuen Notverordnung mit der Senkung der sogenannten freien Preise, der Nichtkartellpreise, befassen soll, ist am Donnerstag durch eine Verordnung umrissen worden, die sich z.T. auf ein Gesetz während der Inflationszeit, auf die Verordnung über Handelsbeschränkungen vom Juli 1925, stützt. Dem Preiskommissar werden starke Machtmittel in die Hand gegeben. Er wird sich aufgrund dieser Machtmittel durchsetzen können, wenn man will.

Die Verordnung enthält u.a. die Befugnis, einen Betrieb zu schliessen, eine Massnahme, mit der man seit Monaten in Italien den Kampf gegen die Ueberteuerung forciert, ohne dass man sagen könnte, dass der Eindruck auf die Profitmacher mit der Dauer der Verordnung gewachsen ist.

Nach der Verordnung kann der Preiskommissar Preise, Preisspannen und Zuschläge durch entsprechende Vorschriften oder Anordnungen senken. Zuwiderhandlungen gegen die erlassenen Anordnungen des Kommissars können mit Gefängnis, Haft oder Geldstrafen bedroht werden. Die Geldstrafe kann in unbeschränkter Höhe angedroht werden. Der Reichskommissar kann die Fortführung von Betrieben, durch die Waren bzw. Leistungen zur Befriedigung des täglichen Bedarfs in den Verkehr gebracht werden, untersagen, wenn der Inhaber oder Leiter des Betriebes den erlassenen Vorschriften oder Anordnungen zuwiderhandelt oder wenn sonst Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass der Inhaber oder Leiter des Betriebes die für den Betrieb erforderliche Zuverlässigkeit nicht besitzt. Der Betroffene kann binnen einer Ausschlussfrist von einer Woche die Entscheidung des Reichswirtschaftsgerichts anrufen. Die Entscheidung des Reichswirtschaftsgerichts ist endgültig und soll die Entscheidung innerhalb eines Monats seit der Anrufung treffen. Die Schliessung tritt jedoch sofort in Kraft, ohne Rücksicht auf die Berufung.

Die Verordnung greift ferner auf die Preisschilder zurück und schreibt für die nicht ausgestellten Gegenstände ein gut sichtbares Preisverzeichnis vor. Die Betriebe sind zur Auskunftspflicht gegenüber dem Preiskommissar verpflichtet. Der Kommissar kann beim Vorliegen eines besonderen Bedürfnisses Preisausschüsse zusammenerufen, die aus den beteiligten Kreisen gebildet werden und Preise, Preisspannen und Zuschläge zu begutachten haben. Die Polizei ist gehalten, auf besonderes Verlangen des Reichskommissars diesem direkt Nachricht über Zuwiderhandlungen gegen seine Anordnungen zugehen zu lassen.

SPD. Die Gesfürel-Loewe (Gesellschaft für elektrische Unternehmungen Ludwig Loewe A.-G.) wird ihr Aktienkapital von 100 Millionen Mark auf 80 Millionen Mark herabsetzen. Der Kapitalschnitt wird in der Art vorgenommen werden, dass Vorratsaktien im Betrage von 20 Millionen Mark eingezogen werden.

SPD. Die Schweiz hat mit Wirkung vom 15. Dezember ihre Schuhzölle erhöht. Von der Massnahme wird besonders leichtes Schuhzeug betroffen.

Buttermarkt.

SPD. Berliner Butterpreise vom 10. Dezember. Amtliche Notierung ab Erzeugung, Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten: I. Qualität 107, II. 100, abfallende Sorten 90 RM. Tendenz: stetig.

Preisverluste bei besserem Angebot.

 (Berliner Getreidebörse vom 10. Dezember)

SPD. An der Berliner Produktenbörse herrschte am Donnerstag eine sehr schwache Stimmung. Die Preise erfuhren überall grössere Abschläge. Das Angebot an promptem Brotgetreide hatte sich vermehrt, insbesondere stand reichliches Material an kahnverladene Weizen und Roggen zur Verfügung. Da die Kauflust der Mühlen sehr gering blieb, mussten alle Notierungen ermässigt werden. Am Markte der Zeitgeschäfte beliefen sich die Preisverluste bei Weizen auf 3, bei Roggen auf 2 Mark. Im Mehlgeschäft zeigte sich keinerlei Bewegung. Die Käufer hielten sich sehr zurück, obwohl die Mühlen ihre Forderungen herabgesetzt hatten. Auch Hafer war reichlicher angeboten, Bei geringer Nachfrage des Konsums blieb auch dieser Artikel schwach veranlagt.

| | <u>9. Dezember</u> | <u>10. Dezember</u> |
|------------------------------|--------------------------------|---------------------|
| | (ab märkische Station in Mark) | |
| Weizen | 215 - 217 | 210 - 212 |
| Roggen | 192 - 195 | 187 - 190 |
| Braugerste | 152 - 164 | 151 - 164 |
| Futter- und Industriergerste | 147 - 151 | 147 - 150 |
| Hafer | 134 - 142 | 131 - 139 |
| Weizenmehl | 27,50-31,50 | 27,25-31,25 |
| Roggenmehl | 26,50-28,50 | 26,15-28,15 |
| Weizenkleie | 9,80-10,20 | 9,50- 9,75 |
| Roggenkleie | 10,25-10,75 | 10,00-10,50 |

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Dezember 225-224½ (Vortag 227½), März 234-235-234 (237), Roggen Dezember 199 und Brief (201), März 206½ (208½). Hafer Dezember 147½-148½ Geld (151), März 152½-154 (155½).

 Amtliche Eiernotierungen,

SPD. Preisnotierungen für Eier. Festgestellt von der amtlichen Berliner Eiernotierungskommission am 10. Dezember. A. Deutsche Eier: Trinkeier, vollfrische gestempelte über 65 gr 14, über 60 gr 13, über 53 gr 12, über 48 gr 9,75, frische Eier über 53 gr 11,25, Eier zweiter Sorte über 53 gr 6,50 bis 7,50. B. Auslandseier: Holländer 68 gr 13,75, 60-62 gr 12,25, Belgier 68 gr 13,50, 60-62 gr 12,25, 57-58 gr 11-11,25, Rumänen 7,25-9,75. Russen normale 8-8,25, Polen normale 7,50-8,25, abweichende 7,25-7,75, kleine Mittel- und Schmutzeier: 5,50-6,50, C. In- und ausländische Kühlhauseier: grosse 9 - 9,50, normale 6,50-7. D. Kälkeier: Grosse 7,50, normale 5,50 bis 6. Die Preise verstehen sich in Rpf je Stück im Verkehr zwischen Ladungsbezieher und Eiergrosshändler ab Waggon oder Lager Berlin nach Berliner Usancen. Witterung: schön, Tendenz: ruhig.

 Berliner Milchpreis.

SPD. Die Preise für Milch, die nach Berlin zur Lieferung gelangt, betragen vom 11. bis 17. Dezember je Liter frei Berlin: für A-Milch 14,6, für B-Milch 9,1, für tiefgekühlte Milch 15,1, für molkereimässig bearbeitete Milch 16,35 Rpf. Die A-Milchmenge ist auf 76 Prozent des A-Milchkontingents der einzelnen Lieferstellen festgesetzt.

Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S P D

№. 94.

Berlin, den 10. Dezember 1931.

Gebt den Kindern Freude!^X

SPD. Die Welt, in der wir leben, ist voller Unruhe und unausgeglichen. Wer noch Arbeit hat, der hastet und strebt, um sie sich zu erhalten. Die als Erwerbslose kümmerlich mit ihrer Familie ihr Leben fristen, sind verbittert, weil sie nur ein besonders glücklicher Zufall wieder retten kann, weil geradezu ein Wunder geschehen muss, damit sie je wieder durch Arbeit in geordnete Verhältnisse kommen können. Manchmal haben die Frauen noch Arbeit und ernähren Mann und Kinder. Aber dann gibt es zermürbende Empfindlichkeit zwischen Mann und Frau, weil die Männer sich degradiert vorkommen, wenn sie Hausarbeit verrichten und Kinder betreuen sollen! Mit der Dauer dieses Zustandes wird das Glück des Familienlebens getrübt. Inmitten dieser deprimierten Erwachsenen wachsen die Kinder auf. Sie sind gegen frühere Zeiten unbeschreiblich benachteiligt, nicht weil sie wirtschaftlich schlechter gestellt sind, sondern weil sie so freudelos aufwachsen. Sie sind gar keine Kinder mehr; sie sind von klein auf belastet mit den Kümernissen und Sorgen des Milieus, in dem sie aufwachsen. Sie nehmen nicht als selbstverständlich hin, was sie essen und trinken; sie wissen, wie schwer es ist, ihnen Kleider zu besorgen. Sie haben häufig das Gefühl, für die Eltern mehr eine Bürde als eine Freude zu sein. Beobachten wir eine Schulklasse, sehen wir uns die Kinder an, die uns begegnen, meist haben sie frühreife, versorgte Züge; meist tragen sie an einer Verantwortung, die viel zu schwer ist für ihre schmalen Schultern.

Man wird mir entgegenhalten, dass die Jugend heute eine ganz besondere Wertschätzung genießt. Aber auch hierin liegt für die Jugend eine grosse Tragik, denn der Kampf ausserhalb des Vaterhauses um die Jugend, der je nach politischen Richtungen um die Prinzipien der Erziehung kämpft, hat zu wenig einheitliche Linie! Statt dass allmählich das Kind sich entwickelt, dass es sorglos im Vertrauen auf seine Erzieher sich geborgen fühlt in der Welt, aus der es das eigene Ich allmählich abzusondern lernt, gerät es unter die verschiedensten sich widersprechenden Einflüsse und hat garnicht mehr die Möglichkeit, sich aus sich selbst heraus zu entwickeln. Jeder Eindruck haftet bei Kindern viel tiefer als bei Erwachsenen. Das wird immer zu wenig bedacht. Es ist ein grundlegender Irrtum, wenn man der Meinung ist, dass die Kinder unberührt und ahnungslos durch die Not der Zeit gingen. - Kinder vergessen auch nichts, und die frühen Eindrücke verwirren vielleicht ihr ganzes Leben. Sie machen vieles nach; sie spielen und wenden dabei die Ausdrücke an, die sie täglich von Vater und Mutter hören; sie behandeln ihre Puppen und Tiere in der gleichen Art, wie sie selbst behandelt werden und wie die Eltern sich gegenseitig in ihrem Beisein behandeln.

So sind sie freudelos, weil die Erwachsenen es auch sind! Ich bin überzeugt, dass mancher Erzieher diese Problematik des Kindes von heute über seine eigenen grossen Sorgen ganz übersehen hat! Es genügt, ihn einmal aufzurütteln, damit er erkennt, dass er sich des wertvollsten Mittels, günstige Erziehungsergebnisse zu erzielen, begibt, wenn er die Freude aus dem täglichen Leben ausschliesst. Frohen Menschen geht alles besser von der Hand; frohe Menschen sind glückliche Menschen, und wer glücklich ist, der ist auch gut! Der bekommt auch neuen Lebensmut. Der sieht über alles gegenwärtige Elend hinaus die bessere Zukunft. Wo die Erkenntnis des Uebergangscharakters der augenblicklichen schweren Zeit sich durchgesetzt hat, da werden Eltern und Erzieher mit Freude

an die grosse Aufgabe gehen: die Kinder zu zukunftsgläubigen, gegenwartsfreudigen gesunden Menschen zu erziehen. Sie werden vielleicht anfangs etwas gehemmt versuchen, Frohsinn vorzutäuschen, auch in Stunden der Bedrängnis. Sie werden übereinkommen, in Gegenwart der Kinder häusliche Sorgen nicht zu erörtern. Dieses Uebereinkommen hilft auch den Eltern selbst wieder. Sie haben ein erstrebenswertes Ziel, die Kinder froh zu erhalten! Das behütet sie vor dem Stumpfwerden; das hilft über jede noch so verheerende nervöse Gereiztheit hinweg! Das macht ihnen die tiefe innere Verbundenheit wieder bewusst, die oft vom Leben des Alltags verschüttet, wie Feuer unter Asche glüht.

Gelingt das nicht gleich jeden Tag, so sollte doch in der Vorweihnachtszeit jeder Tag für die Kinder eine Quelle erwartungsvoller Freude sein. Die Vorfreude auf das herrliche Weihnachtsfest sollte jedes Kind durchkosten dürfen. Die Erwachsenen müssen damit rechnen, dass das Kind immer in dieser Zeit auf eine Ueberraschung, etwas Wunderbares, Märchenhaftes wartet. Sie sollten nie sagen: "diesmal gibt es nichts zu Weihnachten; wir haben kein Geld." Für ein paar Pfennige, die jeder aufzubringen vermag, kann der Nikolaus den Kleinen eine Pfeffernuss in den Schuh legen. Diese Pfeffernuss, die er an jedem beliebigen Abend bringen kann in der Zeit bis zum 24. Dezember, wird durch die ungeheure Freude, die sie schafft, zum Vermögen. Die Zinsen davon reichen bis ins hohe Alter als leuchtende Erinnerung an die Kinderzeit. Keine Pfeffernuss wird je wieder so wunderbar schmecken. Was braucht man denn, um Kinder glücklich zu machen? Ein paar Kasperpuppen, die man selbst anfertigen kann, eine alte Kiste, aus der man die Bühne macht, für die Grossen ein Buch, ein paar Weihnachtszweige, wenn es zum Baum nicht reicht, mit einem Licht für jedes Kind, und: "das Fest kann beginnen!" Allerdings trägt es zur Steigerung der Festfreude bei, wenn die Grossen mitspielen. Es ist wunderbar, dass die Grossen bei diesem Spiel glücklich sind, sich einmal wieder als Kinder zu fühlen, während die Kinder strahlen, weil sie beim Spiel das Gefühl haben, es den Erwachsenen gleich zu tun! Der Wunsch jedes Kindes ist im Grunde immer der, von den Erwachsenen ernst und gleichberechtigt genommen zu werden. Ist es nicht auch wirklich gleichberechtigt? Es ist nur kleiner und an Erfahrungen nicht so reich wie wir; fühlt es aber nicht, erfasst es nicht alles genau so tief, vielleicht tiefer wie wir Erwachsenen? Es erfasst Sorgen und Not, wenn es auch nicht versteht, woraus sie entstanden sind. Vielleicht ist es gerade deshalb besonders empfindlich, weil es nicht die Möglichkeit hat, sich klar zu machen, dass dieses oder jenes garnicht die Niedergeschlagenheit wert ist, die es hervorruft.

Gerade die Weihnachtszeit sollte alle Erwachsenen aufrütteln, dass sie ihren Kindern Freude schaffen und an dieser Freude selbst teilhaben. Kein Opfer ist zu gross, wenn es gilt, unsre Kinder vor Leid zu bewahren. Die paar Jahre Kindheit sind so schnell entschwunden, und ihr Ablauf bestimmt doch die ganze Entwicklung des Menschen. Eine Kinderhand ist leicht zu füllen! Schafft Euren Kindern Freude, dann werden sie Eurem Alter Freude schaffen!

Susi Bork.

----- Helgas Weihnachtsfreude.^x -----

SPD. Helmut und Paul haben jeder von der Mutter zwanzig Pfennige bekommen und schlendern nun auf dem Weihnachtsmarkt umher. Noch wissen sie nicht recht, in welcher Bude sie ihren Schatz lassen sollen. Aber das hat ja noch Zeit; es ist erst früh am Nachmittag, und bis zum Dunkelwerden dürfen sie wegbleiben. Und dann ist es auch schwierig für solche kleinen zehnjährigen Burschen, unter all den verlockenden Dingen die rechte Wahl zu treffen. Hier gibt's Zuckerwatte, etwas ganz Besonderes. wer's nicht glauben will, der gucke sich, bitte, einmal die Verse und Bilder in der Bude an! Da kann er's schauen und lesen.

Daneben steht ein Mann mit Waldteufeln, die so herrlich heulen können. Und dort sitzt - hinter einem Berge von Alpenkräutern und Malzbonbons - die Hexe in einem Knusperhäuschen, das eigentlich ein Auto ist.

Irgendwoher ertönt Musik. "Kiel mal, die Olle hat Radio in ihre Bude," stösst Helmut seinen Kameraden in die Seite.

"Quatsch, das is doch bloss 'n Grammophon," meint der nach prüfendem Hören. Und weiter schlendern sie zwischen den Buden entlang.

Plötzlich sieht Helmut ein kleines Mädchen, das Lametta feilhält.

"Die Kleine da sieht aus wie Helga!"

"Ebenso 'n schwarzen Bublikopf hat sie!"

"Was fehlt denn der Helga eigentlich? Die ist doch schon so lange krank?"

"So 'ne Entzündung. Rippenfell."

"Die Mutter von ihr geht stempeln. Is aber schon ausgesteuert.

"Da wird sie wohl nichts zu Weihnachten kriegen."

Und nun müssen die beiden Jungen immer mehr von Helga reden, der fröhlichsten und besten Kameradin bei allen Spielen. Die am besten laufen und springen kann von den Mädels. Die immer so schöne Geschichten weiss. Und dann: "Du, Paule, wir behalten unser Geld. Morgen sagen wir's den andern in der Klasse; da legen wir zusammen und schenken der Helga was."

+ + +

Die kranke Helga liegt in ihrem Kinderbettchen und hat die Augen geschlossen: Am Tische sitzt die Mutter und stopft Strümpfe. Ab und zu wirft sie einen Blick zu dem Kinde hinüber. An die eine Seite der Lampe hat sie einen dunkeln Flicker gehängt, damit das Bett im Schatten liegt.

Da klingt auf einmal das Stimmchen der Kleinen durch die Stille: "Mutter, wie lange ist's noch bis Weihnachten?"

"Noch fünf Tage, Kind."

"Werden wir ein Bäumchen haben?"

Die Frau gibt keine Antwort.

"Mutter, sag mir's! - Ja?"

"Da weisst doch, Helgachen, ich hab' so wenig Geld. Aber ein paar Tannenzweige werd' ich dir auf dein Stühlchen ans Bett legen und auch Lichtchen dazwischen stellen. Das wird auch schön sein. Dann setze ich mich den ganzen Abend zu dir und erzähle dir Märchen."

Die Mutter ist aufgestanden und streichelt dem Kinde die Hände.

"Aber einen Tannenzweig musst du anbrennen," sagt Helga nach einer Weile, "dann riecht es immer so schön nach Weihnachten."

"Das will ich tun. Aber nun schlaf ein!" Sie deckt das Kind zu und küsst es auf die Stirn. Dann will sie an den Tisch zurückgehen. Aber Helgachen hat noch etwas zu fragen. "Mutter!"

"Was denn? Du sollst doch schlafen!"

"Mutter, wenn ich so ganz still liege und die Augen zumache, dann ist das immer so komisch. Ich glaube dann immer, wenn ich wollte, könnt ich fliegen. Weit, weit weg, bis zur Himmelswiese hinauf. Da blühen die Sterne wie Blumen, und die Englein spielen dort im Kreise, und ich spiele mit. Aber ich kann ja nicht fliegen - so was Schweres hält mich immer fest." Sie sieht die Mutter an, und der Blick erbittet Trost für ihren Kummer. Die aber nickt ihr nur freundlich zu und setzt sich an den Tisch.

+ + +

Der Lichtschein der Strassenlaternen lässt es im Zimmer nicht völlig dunkel werden. Helga hat eine Stunde geschlafen und sitzt nun aufrecht da. "Mutter hörst du nichts? - Auf der Strasse blasen sie!"

Ein paar arbeitslose Musiker sind es, die sich zusammengetan haben und spielen: "Vom Himmel hoch, da komm' ich her."

"Mach doch das Fenster auf!"

"Es kommt dabei zu viel Kälte herein, Helga."

"Nur ein ganz kleines Ritzchen, Mutter, und auch nicht lange."

"Aber du musst dich ganz fest zudecken," sagt die Mutter und umhüllt sorgfältig bis an den Hals hinauf das Kind. Dann geht sie ans Fenster und öffnet es ein wenig. Und während sie beide lauschen, späht die Frau hinüber zum Bett, ob sich die Kleine auch nicht aufgedeckt hat. Nur ein Weilchen noch sind die Posaumentöne zu hören. Die Mutter schliesst das Fenster, geht wieder ans Bett und zündet die Kerzen auf dem Stuhle daneben an. Helga hat sich aufgerichtet und sieht stumm dem Tun der Mutter zu. Da läutet die Flurglocke, gerade als die Kerzen alle brennen. "Die Musikanten kommen sammeln", denkt die Frau und weiss nicht, ob sie öffnen soll. "Mutter, wer kommt denn jetzt?" fragt Helga atemlos, und ihr Herzchen klopft vor Erregung. Da klingelt es wieder, zweimal hintereinander. "Mutter, geh doch aufmachen!"

Jetzt endlich entschliesst sich die Frau. "Da ist ja keiner! - - Ach!"

"Was ist denn da?" Helga streckt lauschend den Kopf vor. "Mutter!"

Schon will das Kind aus dem Bette springen, da tritt die Mutter wieder in die Stube. Tränen laufen ihr übers Gesicht. "Dies Päckchen lag auf der Schwelle: Für Helga! Zehnte Gemeindeschule, Klasse 6a." Und während sie sich die Augen trocknet, nestelt die Kleine mit zitternden Händen an der Verschnürung. Ein bemaltes und mit grossen Druckbuchstaben beschriebenes Blatt liegt oben auf. Helga lässt das Päckchen auf die Bettdecke sinken und streckt der Mutter die Arme entgegen: "Von der Klasse!"

Walther Lange.

Unser Marzipanschwein.^x

SPD. Bunte Berge von Schokolade, Pralinen, Lebkuchen, Marzipan türmen sich überall in den Läden und Warenhäusern. Verlangend und sehnsüchtig schauen Kinderaugen auf alle diese Herrlichkeiten, die lockend und verheissungsvoll ausgebreitet sind, und die doch für die meisten unerschwinglich sind, vor allem in diesem Jahre der Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise. Aber auch viele sorgende, nachdenkliche Mütter betrachten die Süssigkeiten und überlegen sich, wie sie es anstellen können, um ihren Kindern auch eine kleine Weihnachtsfreude zu bereiten. Da ist zum Beispiel das hübsche, drollige Marzipanschwein mit dem geringelten Schwänzchen; da sind Marzipankartoffeln, mit Schokolade bestreut, da gibt es Äpfel und Birnen, Nüsse und Pflaumen - alles aus köstlich duftendem Marzipan. Aber wie teuer sind alle diese schönen Dinge, gemessen an dem schmalen Geldbeutel einer Arbeiterfrau! -

Daheim jedoch kommt einem der Kinder plötzlich ein Gedanke. "Kann man denn solch ein kleines Marzipanschweinchen nicht selbst anfertigen? Das ist dann doch sicherlich nicht so teuer, als wenn man es kaufen muss! Und dann wissen wir doch auch, was darin ist, und das Marzipan braucht nicht Tage und Wochen lang im Schaufenster oder auf dem Ladentische zu stehen, sondern wir haben es schön frisch und appetitlich!" Aber die Mutter wehrt ab. "Kinder, ich habe jetzt wirklich keine Zeit so sowas! Es ist so viel anderes zu tun! Ausserdem weiss ich das Rezept nicht, nach dem man Marzipan anfertigen kann." Doch auch dafür wissen die Kinder Rat. "Vor einigen Tagen hat doch so etwas in der Zeitung gestanden - ich weiss es noch ganz genau," meint die Älteste. "Und ich werde gleich nachsehen!" Nach wenigen Minuten hält sie das Blatt triumphierend in die Höhe. "Wir brauchen nur Mandeln und Staubzucker zu kaufen; das Weitere sage ich Euch dann!" Kurze Zeit nachher werfen eifrige Kinderhände die Mandeln in kochendes Wasser und ziehen dann die Schalen ab. Die kleine Fleischmaschine wird angeschraubt, und die Mandeln werden fein zermahlen. Oder aber man zerstampft und reibt sie fein und walzt sie tüchtig mit dem Nudelholz aus. Dann vermischt man sie mit dem Puderzucker zu einem festen Teige. "Zwei Drittel Mandeln, ein Drittel Staubzucker!" liest die Älteste noch einmal mahnend vor und sieht nach, ob der Teig auch wirklich fest genug ist. Mit dem Nudelholz

wird der Teig endlich schön und gleichmässig ausgewalzt. Formen aller Art sind inzwischen herbeigeholt worden: Fische, Äpfel, Ringe - alles, was man sonst zum Weihnachtsgebäck verwendet hatte. Der Rest aber wird zu einer Kugel gepresst und endlich seitlich vorsichtig breit gedrückt: Der Leib des Schweinchens ist fertig. Vier Beinchen und das Ringelschwänzchen sind das Leichteste, was es gibt - die kann selbst das Jüngste, die mit leuchtenden Augen dabei stehende Vierjährige, formen, während die älteste Schwester, die sich eben mit Bleistift einen Schweinekopf vorgezeichnet hat, eifrig an einer kunstgerechten Schnauze formt. Dann wird alles in den Backofen gebracht und überbacken, bis es oben braun geworden ist - und die schönsten Marzipanherrlichkeiten sind fertig!"

"Jetzt haben wir doch unser Marzipanschweinchen bekommen! Und noch Fische und Äpfel und Ringe obendrein! Und alles selbst gemacht!" Der Jubel will kein Ende nehmen. Auch die Mutter lächelt. "Ja," sagt sie, "und es gehörte wirklich nicht viel dazu. Nur Mandeln, Zucker und - tadellos sauber gewaschene Kinderhände!" -

E.M.

Die Bescherung.^x

SPD. Unter den Arm gepresst hielt die barmherzige Schwester Narzissa in einer dünnen blauen Mappe eine Liste. Darin standen den linken Rand hinunter alle Namen, die für die kommende Weihnachtsbescherung vorgemerkt waren. Der übrige Raum war in Spalten aufgeteilt, über denen "Schuhe", "Strümpfe", "alte Mäntel", "sonstige Kleidungsstücke" und "Besonderes" stand.

Ihre weisse Haube fiel wie ein unbemalter Fleck in einem düsteren Bilde aus dem Rahmen der unfreundlichen Altstadtgasse, in der sie sich befand. Sie verschwand in einem Torbogen, nachdem sie sich von der Richtigkeit der Hausnummer überzeugt hatte.

Es war so finster auf der Treppe, dass sie sich schlüpfend die ausgetretenen Steintreppen hinauftasten musste. Dem schwachen Lichte, das durch eine Glastür fiel, strebte sie zu. Die lockeren und gesprungenen Scheiben klirrten, als sie diese Tür öffnete und hinter sich wieder schloss. Sie stand nun auf einem Altan, der nach mittelalterlicher Bauart einen moderig riechenden Hofschacht umrahmte. Vornan sass ein Schneider in seinem Fenster und schabte den Speck von den Nähten eines getrennten Tuchstücks. Schwester Narzissa fragte ihn, und er erklärte, mit dem Messer den Gang entlangweisend: "Immer der Nase nach!" Dabei hielt er sich grinsend die Nase zu.

Die barmherzige Schwester rümpfte die ihre und ging ohne Gruss weiter, bis sie vor eine Tür kam, hinter der in kurzen Abständen das Pusten und Umherspringen eines grösseren Kindes zu hören war. Zehn Jahre alt, gross und dünn war der Junge. Über ihm flog der räumige Kringel einer Kissenfeder. Er dachte: Ich darf sie nicht fallen lassen. Ganz gleich, wenn sie auch über Tisch und Betten schwebt; ich muss hinter ihr her und sie hoch blasen! Schwester Narzissa dachte: Ein blödes, unerzogenes Kind.

Der Vater richtete sich beim Sprechen langsam im Krankenbett auf. Es sah unheimlich aus, wie sich im Dämmerlichte des unzulänglich erhellten Raumes der schwarze, vollbärtige Kopf über den Bettwulsten erhob, die man ebenso gut für Dampfvolken halten konnte. Er sah selbst wie ein Teufelaus, während er hinter dem Toben des Jungen, dessen Ursache ihm unklar blieb, die Fiebergestalt eines leibhaftigen Teufels sah, der die Bescherung, um die er sprach, und um die er sich aufgerichtet hatte, vernichten wollte. Unter Stöhnen versuchte er auf die Knie zu kommen, sodass die Betten von seinem dünnen Körper herabglitten. Er griff nach einem Gefäss, das zu seinen Häupten stand, und in dem Suppe zu Gallert erstarrt war, und warf nach dem Teufel. Der Junge je-

doch sprang gerade auf den Tischen, und die Gallert klatschte an das verschörkelte Bein eines wurmstichigen Sofas, auf dem auch Betten lagen.

Die barmherzige Schwester sah nichts von einem Teufel. Sie sah nur, was der Mann tat. Auch die Mutter war unfähig, Teufel zu sehen. Sie war blond und kaltäugig, und wenn sie der Schwester die Wahrheit sagte, dann klang es wie eine ausgemachte Lüge. Immerhin dachte sie: Wenn sie den Jungen zuvor erwürgen könnte, dass er nicht mehr pustete und nicht mehr sprang, sondern ganz still irgendwo lag, dann würde es ihr vielleicht gelingen, die barmherzige Schwester mit der Wahrheit zu überreden. So aber war sie derart gelähmt von dem, was, nüchtern gesehen, kommen musste, dass sie den Jungen, der ihr zufällig vom Tische aus den Hintern zubeugte, nur nerzhaft hinein kneifen konnte. Der schrie daraufhin überlaut, als habe er einen neckenden Schulkameraden an den Lehrer zu verraten. Dadurch verlor er das Spiel mit der Feder. Sie sank zur Erde, noch ehe er sie wieder erreichen konnte.

Damit wurde es still im Zimmer. Keiner sagte etwas. Schwester Narzissa notierte in Gedanken: Mann entblösst sich und wirft mit Essen! Frau kneift den Blödi an - - nun, eine schöne Bescherung! Ihre Barmherzigkeit hing in grossen, regelmässigen Falten um Hüften und Schultern. Um ihr rosa Gesicht herum war diese Barmherzigkeit weiss und gestärkt. An den wenigen Bewegungen, die an ihr vorgingen, erkannte man, dass sie in der Liste einen Strich durch den Namen zog, und - - dass sie ging.

Dem Manne fielen die Schmerzen wieder ein. Die Frau vergass zu erwürgen, obwohl sie nun nichts mehr lähmte. Der Junge stand vor dem Federkringel, der auf der Erde lag, und dachte verwundert: Warum nur habe ich dich fallen lassen?
Sieg-Tschierschky.

SPD. Missglückter Anschlussversuch.^X Ein Mädchel fährt mit einem Motorrad die Landstrasse entlang. Hinter ihr her fährt ein junger Mann. Nach einer Weile hält das Mädchel an. Da hält auch der junge Mann an und winselt: "Wissen Sie, Fräulein, sie sind aber nartherzig."

"Ich, wieso?"

"Ich fahre nun schon seit zwei Stunden hinter Ihnen her, und Sie beachten mich überhaupt garnicht."

"Ts! Meinetwegen können sie gern die nächsten zwei Stunden vor mir her fahren.....!"

SPD. Der Schokoladen-Eclair.^X Die Prinzessin Bibesco hatte sich als besondere Attraktion für ihre Fünfuhrtees einen Neger engagiert, der das Gebäck und den Tee herumzureichen hatte.

Da passierte es vor einiger Zeit der Schriftstellerin Colette, dass sie zu dem Neger, der ihr ein Tablett mit Teegebäck vorhielt, sagte: "Danke, ich glaube, ich nehme diesen Schokoladen-Eclair."

"Das ist kein Schokoladen-Eclair," erwiderte grinsend der Neger, "das ist bitte schön, mein Daumen."

SPD. Unauslöschbarer Kummer.^X Hinter den Kulissen der Comédie Francaise sprach man über einen Unglücksfall. "Ach was," sagte Cecile Sorel, "Albert wird schon darüber hinwegkommen. Die Zeit wischt allen Kummer aus."

"Ich bestreite das," hielt ihr ein Kollege entgegen. "Als Sie Ihre erste Runzel im Gesichte hatten, empfanden Sie da keinen Kummer? Doch...? Na, und hat die Zeit sie etwa ausgewischt....?"